

dowas

A large teal handprint graphic is centered on the page. It is surrounded by two overlapping, irregular outlines: a red one and a blue one. The background is a solid orange color.

**Jahresbericht**  
**2019**

---

# dowas

## Jahresbericht 2019

### INHALT

- 2 **Das Jahr vor Corona und dem Ende einer 16-jährigen Geschäftsführungsperiode**  
Vorwort des Vorsitzenden
- 4 **Weniger Veränderung als es den Anschein hat**  
Bericht der Geschäftsführung
- 8 **dowas – ein kurzer Ausblick**  
Ausblick der neuen Geschäftsführung
- 12 **Beratungen in der Notschlafstelle machen den Unterschied**  
Bericht der ambulanten Beratung (Mindestsicherung)
- 18 **Weniger KlientInnen mit deutlich mehr Nächtingungen in der Notschlafstelle – Besucherzahlen im Treffpunkt normalisieren sich auf hohem Niveau**  
Bericht Grundversorgung
- 24 **Weniger Wohnbetreuungen sowohl in den Einzelwohnungen, als auch in der Gemeinschaftswohnung**  
Bericht Betreutes Wohnen
- 28 **Betriebliche Sozialarbeit für integra**  
Bericht Integra
- 30 **dowas und das Ende der Sozialarbeit für integra**
- 32 **In memoriam Christian Hörl**  
Roswitha Steger
- 33 **Peter Niedermair im Gespräch mit Christian Hörl**
- 36 **Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt – ein Blick zurück auf 16 Jahre Geschäftsführung bei dowas**  
Michael Diettrich
- 42 Spenden
- 43 Dank
- 44 Impressum

# Das Jahr vor Corona und dem Ende einer 16-jährigen Geschäftsführungsperiode

Natürlich kann man die Frage stellen, welchen Sinn es macht, sich nach dem Ausbruch der größten Wirtschafts- und Sozialkrise in einem Jahresbericht noch ausführlich mit dem Jahr zuvor auseinanderzusetzen. Das Corona-Virus hat die Welt auch in Österreich wirtschaftlich, sozial und kulturell durcheinander gewirbelt, und es wird vieles für längere Zeit nicht mehr so sein wie zuvor. Allerdings kann man angesichts der aktuellen Turbulenzen und Verunsicherungen zunehmend eine gewisse Glorifizierung der Situation vor der Zeit der Krise vernehmen, die zu falschen Schlussfolgerungen führen könnte. Kaum jemand spricht z.B. noch davon, dass die österreichische Wirtschaft schon im letzten Jahr auf Talfahrt war und auch die in den letzten beiden Jahren sich verbessernde Arbeitsmarktlage unmittelbar vor einer Trendwende stand. Umgekehrt hat man manchmal den Eindruck, die Coronakrise wird zum Anlass genommen, um politische Ziele umzusetzen, die bisher politisch schwer umsetzbar waren. Ein Beispiel dafür sind die Sparmaßnahmen, die die Landesregierung im Vorarlberger Gesundheits- und Sozialwesen angekündigt hat.

Insofern macht es aus unserer Sicht durchaus Sinn, das Jahr 2019 genauer zu beleuchten – im Bericht der Geschäftsführung bspw. die Ungereimtheit, dass die landesweit erneut gesunkenen Mindestsicherungszahlen sich bei **dowas** nur sehr bedingt in rückläufigen KlientInnenzahlen niederschlugen. Es wird dort die Frage aufgeworfen, ob der starke Fokus der Armutspolitik auf die in den letzten zwei Jahren rückläufige Mindestsicherung u.U. verdeckt, dass die Zahl der Armut- und Ausgrenzungsgefährdeten in Vorarlberg, die ja viel höher als die der MindestsicherungsbezieherInnen ist, über einen längeren Zeitraum betrachtet eher zu- statt abgenommen hat (siehe dazu auch den Rückblick von Michael Diettrich auf seine 16 Jahre Geschäftsführung bei **dowas**).

## **Für den Vorstand gab es 2019 drei große Arbeitsschwerpunkte:**

- der Neubau unseres Hauses in Lauterach, für den Förderzusagen eingeholt und die Planungen so weit vorangetrieben wurden, dass wir im Frühjahr 2020 damit hätten beginnen können – wenn Corona nicht dazwischen gekommen wäre (Die Kooperation mit dem Architekturbüro Baumschlager-Hutter verlief äußerst zufriedenstellend. Persönlichen Dank möchte ich Wilfried Kees für seine umsichtige Projektbegleitung aussprechen),
- die Suche nach einem neuen Geschäftsführer, weil Michael Diettrich sich Anfang 2020 nach 16 Jahren bei **dowas** in die Pension verabschiedet, und
- die Turbulenzen bei der integra (→ Berichtsteil zu integra).



peter.niedermair@dowas.at

## Geschäftsführung

Für den Wechsel in der Geschäftsführung hat sich der Vorstand sehr viel Zeit genommen, weil Michael Diettrich den Betrieb in seiner Amtsperiode doch sehr geprägt hat – nicht nur intern, sondern auch nach außen: **dowas** hat heute wieder eine sozialpolitische Stimme, die es zwischenzeitlich verloren hatte, **dowas** macht allseitig anerkannt fachlich gute Arbeit, ist in der Sozialszene ein interessanter Arbeitgeber und steht finanziell auf soliden Beinen. Dafür möchte ich Michael Diettrich meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen. In Anbetracht der Tatsache, dass er (wie er in seinem Rückblick auf 16 Jahre Dowas schreibt) ursprünglich gar nicht zum **dowas** wollte, hat er lange durchgehalten und es eigentlich gut gemacht!

Es war dem Vorstand wichtig, den Wechsel in der Geschäftsführung möglichst bruchlos zu gestalten und einen Nachfolger zu finden, der den von Michael Diettrich geprägten Weg mit eigenen Akzentsetzungen weiterführt. Wir glauben, mit Peter Brunner einen neuen Geschäftsführer gefunden zu haben, dem dies gelingen wird (→ die Kapitel **dowas** – ein kurzer Ausblick von Peter Brunner und den Rückblick von Michael Diettrich). Er hat mit Jahresbeginn 2020 die Geschäftsführung gemeinsam mit Michael Diettrich übernommen und trägt sie seit dem 1. März 2020 allein.

## Vorstand

Auch im Vorstand gab es im Jahr 2019 Wechsel: Astrid Drexel hat ihr Vorstandstätigkeit niedergelegt, weil sie möglichen Interessenskonflikten zwischen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit als Vorstandmitglied und ihrer Steuerberatung für **dowas** aus dem Weg gehen wollte. In der Rechnungsprüfung von **dowas** wurde mehrfach auf diese Gefahr hingewiesen, deshalb hat Astrid Drexel nun die Konsequenz gezogen. Auch Silvia Hartmann hat sich aus dem Vorstand verabschiedet, bei ihr standen private Gründe im Vordergrund. Beiden gebührt großer Dank für ihr außerordentliches Engagement für **dowas**. An Stelle der beiden hat der Vorstand Andrea Trappel-Pasi und Bernhard Gut in den Vorstand kooptiert. Andrea Trappel-Pasi ist Soziologin und arbeitet als Case Managerin im Sozialsprengel Rheindelta, Bernhard Gut ist ein allseits bekannter, erfahrener Sozialarbeiter, der in diversen Vorarlberger Sozialeinrichtungen tätig war und jetzt im Fachbereich Soziale Arbeit in Schloss Hofen arbeitet. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir gute NachfolgerInnen für die Ausgeschiedenen gefunden haben und die beiden eine Bereicherung für **dowas** sein werden.

Ich danke allen Vorstands- und Vereinsmitgliedern, allen Angestellten und MitarbeiterInnen und FörderInnen für das, was sie 2019 für **dowas** geleistet haben. Angesichts der aktuellen Ereignisse rund um Corona fällt es schwer, einen seriösen Ausblick auf 2020 zu geben. Vieles ist in der Schwebe und schwer vorhersehbar. Aber so, wie **dowas** aufgestellt ist, werden wir auch alle diese Unwägbarkeiten meistern. In unserem **dowas**-Team haben wir die Kompetenzen dafür!

## Peter Niedermair

Vorsitzender des dowas

## Weniger Veränderung als es den Anschein hat

### **Gesunkene KlientInnenzahlen lassen sich im Wesentlichen auf Verdrängungseffekte in der Notschlafstelle zurückführen**

2019 ist die Gesamtzahl der von **dowas** im Rahmen der Mindestsicherung und im Auftrag von **integra** (betriebliche Sozialarbeit in den Arbeitsprojekten) betreuten KlientInnen gesunken (→ TABELLE 1). Allerdings lassen sich diese Gesamtzahlen nur sehr bedingt mit den Vorjahren vergleichen: **integra** hat in Folge von Kürzungen des AMS den Betreuungsauftrag in den Erwachsenenprojekten von 1.250 auf 900 Stunden reduziert. Zudem wurde im Vorgriff auf die von **integra** gewünschte Beendigung der Kooperation mit **dowas** zum Jahresende 2019 die von **dowas** wahrgenommene pädagogische Begleitung im Jugendbeschäftigungsprojekt *WerkStadt* bereits zum 30. September 2019 abgeschlossen.

Realistische Vergleiche lassen sich daher nur für die Betreuungen im Rahmen der Mindestsicherung ziehen. Auch hier ist ein deutlicher Rückgang der KlientInnenzahlen gegenüber dem Vorjahr von 1.109 auf 963 (–13,2 %) zu konstatieren, der sich allerdings in erster Linie bei den männlichen Betreuten zeigt und bei den weiblichen nur geringfügig ausgefallen ist (→ TABELLE 1).

Auf den ersten Blick korrespondieren die rückläufigen KlientInnenzahlen bei **dowas** mit dem Rückgang der Fallzahlen in der Vorarlberger Mindestsicherung, die nach gut 5 % in 2018 zum zweiten Mal in Folge auch 2019 um gut 10 % gesunken sind. Wir hatten diese allgemeine Entwicklung im letzten Jahresbericht in Verbindung mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und der Entspannung am Arbeitsmarkt gebracht. Dies trifft auch auf 2019 zu, zumindest auf das erste Halbjahr. Im zweiten Halbjahr hatte Vorarlberg vor dem Hintergrund der sich eintrübenden Konjunktur und früher als andere Bundesländer schon wieder steigende Arbeitslosenzahlen. Dies hat zwar gegen Ende des Jahres die Abnahme der Fallzahlen in der Mindestsicherung verlangsamt, aber mit Blick auf das Gesamtjahr dennoch den stärksten Rückgang in der Mindestsicherung seit langem bewirkt. Ein Faktor, der dabei eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben dürfte, ist die Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit gerade bei den Flüchtlingen besonders stark gesunken ist, die ja in der Mindestsicherung der letzten Jahre eine zahlenmäßig große Gruppe darstellten.

Was auf den ersten Blick so einleuchtend erscheint, entpuppt sich allerdings beim näheren Hinschauen als Irrtum: Die gesunkenen KlientInnenzahlen bei **dowas** sind nämlich zum überwiegenden Teil auf spezielle Entwicklungen in der Notschlafstelle zurückzuführen und haben wenig mit den rückläufigen Fallzahlen in der Mindestsicherung zu tun. Sowohl die Zahl der KlientInnen, die in der Notschlafstelle übernachtet haben, als auch derjenigen, die dort beraten wurden, ist markant gesunken, und daraus resultiert nahezu der komplette Rückgang der Gesamtzahlen. Gleichzeitig stieg jedoch die Zahl der in der Notschlafstelle in Anspruch genommenen Nächtigungen nahezu auf den bisherigen Allzeit-Höchststand des Jahres 2001. Dieser scheinbare Wider-

**TABELLE 1****Insgesamt betreute KlientInnen (Mindestsicherung und integra) – 2019 | 2018 | 2017**

	Anzahl			Veränderung 2019 zu 2018 in %
	2019	2018	2017	
<b>von dowas betreute KlientInnen gesamt</b>	<b>1.151</b>	1.349	1.336	- 14,7
davon männlich	<b>816</b>	955	948	- 14,6
davon weiblich	<b>335</b>	394	388	- 15,0
<b>über Mindestsicherung betreute KlientInnen</b>	<b>963</b>	1.109	1.122	- 13,2
davon männlich	<b>687</b>	823	840	- 16,5
davon weiblich	<b>276</b>	286	282	- 3,5
<b>über integra betreute KlientInnen</b>	<b>205</b>	264	237	- 22,3
davon männlich	<b>140</b>	149	122	- 6,0
davon weiblich	<b>65</b>	115	115	- 43,5

spruch lässt sich leicht auflösen: Eine relativ kleine Gruppe von KlientInnen, die die Notschlafstelle länger und häufiger in Anspruch nahm (mehr als 28 Nächtlagen im Jahr) ist 2019 nicht nur größer geworden, sondern hielt sich in Summe auch deutlich länger als in den Vorjahren in der Notschlafstelle auf. Dadurch war die Notschlafstelle häufiger voll belegt und es wurden andere KlientInnen verdrängt. Die Verdrängten waren bezeichnenderweise KlientInnen ohne Daueraufenthaltsrecht, die grundsätzlich keinen Anspruch auf Leistungen aus der Mindestsicherung haben und deshalb nur in akuten Notlagen und zeitlich sehr begrenzt aufgenommen werden können (→ BERICHTSTEIL GRUNDVERSORGUNG/NOTSCHLAFSTELLE).

In Summe beruht folglich der Rückgang der KlientInnenzahlen bei **dowas** im Jahr 2019 nicht darauf, dass sich die Gesamtsituation der von Armut betroffenen Menschen entspannt hat. Vielmehr ist der eigentliche Grund die Zuspitzung der Situation für eine Gruppe von KlientInnen, die am äußersten Rand unserer Gesellschaft in sehr prekären Verhältnissen leben. Dadurch, dass deren Unterstützungsbedarf markant gestiegen ist, wurden bei begrenzten Kapazitäten andere verdrängt.

Zu dem Befund passt, dass in der Beratungsstelle, der zentralen Anlaufstelle im **dowas** für Menschen mit Existenzsorgen, der Rückgang der KlientInnenzahlen mit knapp 3 % vergleichsweise bescheiden ausgefallen ist (→ BERICHTSTEILE AMBULANTE BERATUNG MINDESTSICHERUNG/BERATUNGSSTELLE). Dies ist verwunderlich und ernüchternd zugleich, denn immerhin haben wir in der Beratungsstelle durchaus die Auswirkungen der entspannteren Lage am Arbeitsmarkt bemerkt. Insbesondere bei Flüchtlingen und österreichischen StaatsbürgerInnen gab es einige, die eine Arbeitsstelle gefunden haben. Dies weist darauf hin, dass die Aufnahme einer Erwerbsarbeit einerseits nicht unbedingt zu einer Beendigung des Mindestsicherungsbezugs führt (insbesondere bei Familien mit mehreren Kindern nicht) und andererseits selbst das Ausscheiden aus dem Regelbezug der Mindestsicherung nicht automatisch auch eine Überwindung der prekären Lebenssituation bedeutet. Die (politische) Fokussierung auf die Mindestsicherung verdeckt, dass die Zahl armuts- und ausgrenzungsgefährdeter Menschen in Vorarlberg mit mehr als 80.000 nahezu neun Mal so hoch ist wie die der MindestsicherungsbezieherInnen (rund 12.000). Dass sich darunter rund 22.000 erwerbstätige Menschen befinden, die als „working poor“ gelten, zeigt, dass auch Erwerbstätigkeit nicht unbedingt vor Armutsgefährdung schützt. Hier wird schlagend, worauf bspw. die Vorarlberger Armutskonferenz seit Jahren hinweist: Die unteren Erwerbseinkommen sind in vielen Branchen nicht existenzsichernd und ihr Abstand zur Mindestsicherung ist zu gering. Deshalb bleiben viele ehemaligen MindestsicherungsbezieherInnen, die eine Erwerbsarbeit aufgenommen haben, dennoch armutsgefährdet und verharren weiterhin in prekären Lebenssituationen. So erfreulich sinkende Zahlen in der Mindestsicherung sind: Die in Vorarlberg mit 22 % hohe Quote von armuts- und ausgrenzungsgefährdeten Menschen blieb 2019 im Vergleich zum Vorjahr konstant und liegt immer noch erheblich über der des Jahres 2013 (19 %).

Die dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein, dass die Zahl der in unserer Beratungsstelle um Unterstützung nachsuchenden Menschen trotz sinkender Mindestsicherungszahlen kaum weniger geworden ist. Ein Indiz dafür ist, dass rund ein Drittel der BeratungsstellenklientInnen keinen Regelbezug aus



Michael Diettrich

der Mindestsicherung haben, sondern sich bspw. bei Anträgen auf Wohnbeihilfe beraten lassen. Das sind dann Menschen, die über ein eigenes Einkommen verfügen, das zwar die Bemessungsgrenzen für die Mindestsicherung übersteigt, aber dennoch so gering ist, dass sie Anspruch auf Wohnbeihilfe und Beratung im Rahmen der Mindestsicherung haben. Die Zahl dieser Menschen ohne Mindestsicherungsregelbezug hat in unserer Beratungsstelle in den letzten Jahren zugenommen und gerade bei ihnen dürften die hohen Wohnkosten in Vorarlberg ein wesentlicher Grund dafür sein, dass sie sich nicht aus ihren prekären Lebensverhältnissen befreien können. Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass die von der Abteilung von Wohnbauförderung des Landes ausgewiesene Zahl der BezieherInnen von Wohnbeihilfe in den letzten Jahren konstant geblieben ist. Nach unserer Beobachtung kann dies nur ein Indiz dafür sein, dass die Wohnbeihilfe des Landes nicht mehr bedarfsgerecht ist und dringend angepasst werden müsste.

### **Ausblick**

Die sich im Jahr 2019 eintrübende Konjunktur und die bereits im zweiten Halbjahr 2019 wieder steigenden Arbeitslosenzahlen hätten auch ohne Coronakrise eine Trendwende in der Mindestsicherung im Laufe des Jahres 2020 erwarten lassen. Es konnte bei einer Fortschreibung der Entwicklung zum Jahresende 2019 von wieder steigenden Zahlen in der Mindestsicherung allgemein und von zunehmenden KlientInnenzahlen bei **dowas** ausgegangen werden. Die Coronakrise wird diese Entwicklung beschleunigen und verstärken. Wir gehen davon aus, dass 2020 die kleinen Fortschritte bei der Armutsgefährdung, die sich in einer leicht sinkenden Quote der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten seit dem Jahr 2016 ausdrückten, infolge Corona und der anschließenden Wirtschaftskrise zu Gänze zunichte gemacht werden. Das wird sich auch in der Mindestsicherung widerspiegeln. Ob sich das dann in der Gesamtschau des Jahres 2020 unmittelbar in den KlientInnenzahlen von **dowas** statistisch nachvollziehen lässt, ist schwer zu sagen und wird davon abhängen, wie stark sich die (Teil-) Schließung des **dowas** während des Corona-Lockdowns auf die KlientInnenzahlen in dieser Phase ausgewirkt haben. Insofern könnten Vergleiche mit dem Jahr 2019 im Bericht über das Jahr 2020 Unschärfen aufweisen und Schlussfolgerungen erschweren.

### **Michael Diettrich**

Geschäftsführer bis März 2020

## dowas – ein kurzer Ausblick

**Mit einigem Stolz und sehr viel Respekt vor dieser Aufgabe bin ich seit 1. Jänner 2020 Geschäftsführer von dowas, und es freut mich, den Jahresbericht 2019 mit präsentieren zu dürfen. Unsere Arbeit im Jahr 2019 war wiederum gekennzeichnet von großem, durchaus auch erfolgreichem Bemühen um die Menschen in unserem Land. Die Zahlen und auch die Schilderungen im vorliegenden Jahresbericht zeigen dies ausführlich.**

**Ich will meinen Beitrag daher dazu nutzen, ein wenig die Grundsätze von dowas anzusprechen und aufzuzeigen, an welchen Themen dowas in der kommenden Zeit arbeiten wird.**

### **Unser Ziel: Teilhabe ermöglichen**

Bei **dowas** ist der Grundgedanke einer solidarischen, gerechten und sozialen Gesellschaft als Recht jedes und jeder Einzelnen auf ein möglichst selbstbestimmtes und gutes Leben nicht nur ein abstraktes Ideal, sondern als Ausdruck der Anerkennung der Würde jedes einzelnen Menschen im Leitbild und den Statuten, aber auch im täglichen Handeln verankert. Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, Menschen zur Teilhabe an den Errungenschaften der Gesellschaft zu verhelfen, und versucht dies eben nicht nur einseitig über Einwirkung auf die individuelle Personen zu bewerkstelligen, sondern nimmt auch die gesellschaftlichen Wirkungen in den Blick.

Armut und Ausgrenzung verletzen die Würde eines Menschen, behindern Menschen und führen zu mannigfaltigen Einschränkungen und hohen Lebensrisiken bei Gesundheit, sozialem Leben, Chancen der Nachkommen und vielem mehr. Wir wissen das alles schon längst. Viele Studien, viele lebenspraktische Erfahrungen und Beobachtungen belegen dies hinlänglich. Und wir wissen auch, dass Armut kein nur individuell zu lösendes Problem darstellt, sondern maßgeblich über die politischen und gesellschaftlichen Wirkkräfte bestimmt ist.

### **Unser Ziel: Stigmatisierung vermeiden**

Wenn unsere Gesellschaft mit den einzelnen Menschen nicht gut umgeht, wird es duster für die Menschlichkeit an sich. Wenn es aber einer Gesellschaft an Menschlichkeit fehlt, wird für viele Menschen das Leben nicht besser, sondern schlechter werden. Mögen die Auswirkungen auf jeden Einzelnen auch unterschiedlich sein, und manche sogar vorderhand von den Verhältnissen profitieren, so nimmt das Wohlbefinden in der Gesellschaft jedenfalls ab.

Die offenbar sehr attraktive und ungebrochen salonfähige Vorstellung, dass jeder für sein Glück und Unglück selbst verantwortlich sein soll, blendet in unzulässiger Weise aus, dass es unterschiedliche Möglichkeitsräume für die Menschen gibt. Wenn keine geeignete Arbeit da ist, ist es unsinnig und verachtend, Arbeitslosigkeit als individuelles Fehlverhalten zu erklären und die Menschen als Faulenzer hinzustellen. Wenn Wohnungen so rar und teuer sind, die Zugangswege zu Wohnungen so ausgetüftelt sind, dass sie selektieren und ausgrenzen, muss unser Augenmerk auf diese Mechanismen und Regeln

gelenkt und diese verbessert werden. Wenn Erkrankungen eine besondere Form der Unterstützung nötig machen, sind wir verpflichtet, auch besondere Lösungen anzubieten. Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln, und dabei aber die Möglichkeiten der Menschen zu erweitern und nicht zu begrenzen, ist für uns die zentrale Verpflichtung einer modernen Gesellschaft und dient auch als Leitlinie in unserer täglichen Arbeit.

### **Unser Ziel: Not lindern und Selbstständigkeit fördern**

Unsere einzelnen Dienste und Angebote dienen dazu, individuelle Notlagen zu lindern oder zu beheben. Ob es sich nun um akute oder drohende Wohnungslosigkeit handelt, massive Probleme aufgrund mangelndem Einkommen und Vermögen, Suchterkrankungen oder andere komplexe Umstände: Wir fragen dabei nicht primär nach dem Grund oder gar moralisierend nach individueller „Schuld“, sondern versuchen zu helfen und die Situation zu verbessern. Wir versuchen zu tun, was notwendig ist, damit die Lebenssituation sich verbessert und sich die Einzelnen wieder etwas zutrauen, Verantwortung für sich übernehmen und ihre Lage selbst positiv beeinflussen können.

Ja, auch wir bei **dowas** wissen, dass Menschen durchaus Verantwortung für sich übernehmen können und sollen. Dabei muss aber auf die gegebenen unterschiedlichen Möglichkeiten der Personen Bedacht genommen werden. Den ungleichen Lebensumständen gilt es durch Beistand für die Menschen und über Angebote, die die negativen Folgen der individuellen Probleme abzuschwächen imstande sind, zu begegnen.

Wir werden über weitere gezielte niederschwellige Versorgungsangebote insbesondere für einzelne Menschen mit schweren Suchterkrankungen und Pflegebedarf nachdenken müssen, um der Verelendung Einzelner noch stärker als bisher entgegenwirken zu können. Dies kann nur im Zusammenwirken verschiedener Akteure, intern wie extern, sinnvoll bewerkstelligt werden. Und naturgemäß nur, wenn die dazu nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

### **Unser Ziel: ein gutes Sozialsystem**

Dankenswerterweise ist der 1982 aus privatem Engagement gestartete Verein **dowas** in den vergangenen Jahren auch durch die Politik und Verwaltung, denen eine menschliche Gesellschaft am Herzen liegt, unterstützt und gefördert worden. Ich bin zwar zuversichtlich, dass dies auch in Zukunft so sein wird. Wir werden aber weiterhin hart daran arbeiten müssen, deutlich und vernehmbar Menschen Gehör zu verschaffen, die sich aus mannigfaltigen gesundheitlichen oder kulturellen Gründen nicht artikulieren können oder – fast noch schlimmer – gar nichts mehr sagen wollen. Oder deren Meinung schlicht und einfach nicht gehört wird, weil ihre Stimme nicht vermarktbar ist für Politik und Wirtschaftsleben.

Ein besonderes Beispiel für die Notwendigkeit, sich über den Einzelfall hinweg für die Menschen einzusetzen, ist die grundsätzliche Systemumstellung mit der neuen Sozialhilfegesetzgebung.

Aufgrund der eindeutig ideologischen Vorstellung der Bundesregierung, dass erhöhter Druck auf arme Menschen eine positive Wirkung erzielen könnte und es von der Herkunft abhängig sein soll, welchen Bedarf ein Mensch in Not hat, werden durch das Grundsatzgesetz des Bundes viele Hilfsbedürftige

schlechter gestellt, Leistungen für ganze Gruppen von Personen apartheid-ähnlich verwehrt oder vermindert und nicht zuletzt der bürokratische Aufwand in der Verwaltung wesentlich erhöht.

Nicht nur wir haben, leider nahezu ungehört, vor den Folgen gewarnt und darauf hingewiesen, dass dieses Gesetz zu wesentlichen Verschlechterungen der Lebenslage bei vielen Menschen führen wird. Die verheerenden Auswirkungen auf die Einzelnen sind dabei auch schon abschätzbar. Bislang haben wir zwar noch kein neues Landesgesetz in Vorarlberg. Aber es wird kommen und es droht, die ohnehin schon schwierige Lebenslage für viele weiter zu belasten. Insbesondere im Hinblick auf die Folgen der sich abzeichnenden Wirtschaftsflaute wird diese irregeleitete Politik unsere KlientInnen sehr empfindlich treffen und auch uns in der kommenden Zeit sehr stark beschäftigen. Natürlich werden wir nach Kräften die einzelnen Betroffenen unterstützen und mit ihnen Wege suchen, um individuell helfen zu können. Aber es bleibt unerlässlich und drängend, uns auch weiterhin auf der Ebene der Politik in dieser Frage einzubringen.

**Unser Ziel: Wohnen für jede und jeden**

Ungebrochen wie bisher ist die mangelnde Wohnversorgung eine bleibende Herausforderung. Trotz der verstärkten Bemühungen der öffentlichen Hand, das Angebot zu erhöhen, ist es für Menschen mit geringem Einkommen nach wie vor extrem schwierig bis unmöglich, in einer vernünftigen Zeit eine bezahlbare Wohnung zu erlangen oder zu halten.

Hier braucht es die erhöhte gezielte Förderung der einzelnen Wohnungssuchenden. Seit Einführung im Jahre 2017 wurden beispielsweise die Maximalsätze für den Haushalts-Wohnbedarf in der Mindestsicherung (→ §7 ABS1 MINDESTSICHERUNGSVERORDNUNG-MSV) nicht mehr angehoben, obwohl die Wohnkosten seit 2017 laufend beträchtlich gestiegen sind. Die versäumte Valorisierung macht inzwischen mindestens 10 % aus, wobei leider auch nach einer Erhöhung die tatsächlichen zu zahlenden Wohnkosten in Vorarlberg immer noch höher liegen. Aber diese Valorisierung endlich nachzuholen, sollte die erste Maßnahme sein. Entsprechende Unterstützungen durch Mindestsicherung bzw. neue Sozialhilfe müssten jedenfalls bedarfsdeckend gestaltet werden. Dafür werden wir uns einsetzen müssen.

Auch die Frage des Zuganges über die Wohnungsvergabe der Gemeinden werden wir noch stärker als bisher in den Blick nehmen müssen. Wie schon oft gefordert, muss die Vergabe von Wohnungen über die Gemeinden stärker als bisher an den Bedarf gekoppelt werden. Die diesbezüglichen Vorstöße der Landesregierung, die Vergabekriterien in diesem Sinne zu überarbeiten, sind zu unterstützen und sollten nicht auf die lange Bank geschoben werden. Auch die Überlegungen, die Vergabe zu regionalisieren, könnte ein Baustein zur Problemlösung sein. Der Wohnungsbedarf endet bekanntlich ja nicht an den Gemeindegrenzen.

Es sollte unabhängig von einer bestehenden Meldeadresse möglich sein, in das Vergabesystem einer Gemeinde aufgenommen zu werden. Personen, die mangels eigener Wohnung keine Meldeadresse besitzen, haben derzeit nur extrem erschwert Zugang in das Vergabesystem. Hier ist unbedingt eine unbürokratische Antragsstellung vorzusehen, damit ein – weiter objektiviertes – Vergabesystem überhaupt greifen kann.



peter.brunner@dowas.at

**Unser Ziel: Professionelle Hilfe anbieten**

Seit Mitte 2017 befinden sich Geschäftsführung Notschlafstelle, Treffpunkt, Beratungsstelle und Betreute Wohnformen nun unter einem Dach im Sandgrubenweg in Bregenz.

Um die sich dadurch ergebenden Vorteile noch besser zu nutzen, werden wir die Integration und Zusammenarbeit der einzelnen Bereiche noch weiter verstärken. Es ist dafür eine Zusammenlegung des Beratungsteams der Notschlafstelle und der Beratungsstelle vorgesehen. Das ermöglicht uns, den hilfesuchenden Menschen wie bisher schnelle, professionelle Hilfe und Unterstützung anbieten und gleichermaßen eine längerfristige Begleitung und Betreuung gewährleisten zu können. Interne Schnittstellen werden damit weiter verringert und die Zusammenarbeit noch enger.

Die ersten Schritte zur Zusammenlegung sind schon getan, aber wir werden dazu noch intensiv weiterarbeiten müssen.

**Unser Ziel: Gute eigene Angebote erstellen**

Als ein Ansatz zu einem verbesserten Wohnangebot mit auf den Bedarf hin zugeschnittener Betreuung haben wir im vergangenen Jahr unsere Pläne für den Umbau unseres Hauses in Lauterach überdacht und konzipiert. Wir werden das bestehende Haus, das derzeit 7 Personen in einer ambulant betreuten Gemeinschaftswohnung aufnehmen kann, grundlegend umbauen und darin 14 moderne, eigenständige Kleinwohnungen schaffen. Gemeinschaftsangebote und selbstständiges Wohnen sind darin gleichermaßen möglich.

Dies wird uns erlauben, Wohnmöglichkeiten für Personen bei gegebener Notwendigkeit auch längerfristig anbieten zu können und die individuelle Betreuung der Klientinnen wie bisher bedarfsgerecht anzupassen. Dadurch können wir auch den in den letzten Jahren gerade für unsere KlientInnen zunehmend schwierigeren Wohnungsmarkt etwas lindern.

Die Umsetzung dieses großen Bauprojektes und die damit zusammenhängenden Umstellungen werden uns im kommenden Jahr sicherlich sehr beschäftigen.

Diese – unvollständige – Auflistung der sich in nächster Zukunft stellenden Aufgaben mag aufzeigen, dass wir als **dowas** weiterhin deutlich und vernehmbar gegen Verschlechterungen auftreten, zum Wohle unserer Gesellschaft und der einzelnen Menschen konstruktiv Verbesserungen in Gesetzgebung und Vollzug einfordern und nicht zuletzt auch bei uns selbst um kontinuierliche Verbesserungen bemüht sein werden.

Das hat **dowas** bisher getan und das werden wir weiterhin tun.

**Peter Brunner**

Geschäftsführer seit März 2020

## Beratungen in der Notschlafstelle machen den Unterschied

### **Deutlich gesunkene Zahl der beratenen KlientInnen bei unverhältnismäßig geringem Rückgang der geleisteten Beratungsstunden – ursächlich dafür sind Entwicklungen in der Notschlafstelle**

Im zentralen Angebot von **dowas**, den Beratungsleistungen im Rahmen der Mindestsicherung, ist naturgemäß die gleiche Entwicklung zu beobachten wie für das gesamte **dowas**: Die Zahl der beratenen KlientInnen ging 2019 gegenüber dem Vorjahr um 13,3 % zurück (von 1.098 auf 952), wobei der Rückgang bei den männlichen Klienten mit 16,7 % deutlicher ausgeprägt war als bei den weiblichen mit -3,5 % (→ TABELLE 2).

Obwohl der Frauenanteil bei den Beratungen im **dowas** generell nicht mehr als 30 % beträgt, entspricht diese Entwicklung einem Trend, der seit 2011 zu beobachten ist: Damals stieg die Zahl der beratenen Frauen sprunghaft an und hält sich seitdem mit einem kleinen Durchhänger 2012 konstant zwischen gut 250 und rund 300 Klientinnen, während die Zahl der beratenen Männer deutlich volatiler ist.

Auffällig ist, dass die Beratungsleistungen nicht in gleichem Ausmaß gesunken sind, sondern mit gerade einmal -1,8 % deutlich geringer, und der Unterstützungsbedarf je KlientIn sogar gestiegen ist. Insgesamt bewegten wir uns 2019 bei den KlientInnenzahlen unter dem Niveau von 2015, aber noch über dem von 2014, bei den Beratungsstunden aber weiterhin auf dem hohen Niveau von 2016.

Ein genauerer Blick zeigt allerdings, dass sowohl die deutlich rückläufigen KlientInnenzahlen, als auch die unverhältnismäßig geringere Abnahme der Beratungsleistungen in erster Linie auf bemerkenswerte Entwicklungen in der Notschlafstelle zurückzuführen sind, während die Veränderungen in der Beratungsstelle vergleichsweise gering sind (s. Ausführungen weiter unten).

Eine Auswertung hinsichtlich des Aufenthaltsstatus der KlientInnen zeigt, dass die KlientInnenzahlen in allen Kategorien gesunken sind (→ GRAFIK 1). Am deutlichsten ausgeprägt war dies bei den KlientInnen ohne Daueraufenthaltsrecht (-30,2 %), auf die allerdings generell nur relativ wenige Beratungsstunden entfallen (2019 gut 11 % der Stunden), weil sie keinen Anspruch auf Leistungen aus der Mindestsicherung haben und Unterstützung nur zur Überbrückung von Notlagen erhalten. Hinter dieser Gruppe ging die Zahl der beratenen ÖsterreicherInnen und KlientInnen mit Daueraufenthaltsrecht mit je rund 10 % am stärksten zurück, wobei deren Unterstützungsbedarf offenbar größer geworden ist: Die österreichischen KlientInnen haben in Summe 6,3 % mehr Stunden in Anspruch genommen als im Vorjahr, diejenigen mit Daueraufenthaltsrecht sogar 28,2 % mehr (→ GRAFIK 2).

TABELLE 2

## Ambulante Beratung als Leistung der Mindestsicherung – 2019 | 2018 | 2017

	KlientInnen			Beratungsstunden			Stunden pro KlientIn		
	2019	2018	2017	2019	2018	2017	2019	2018	2017
<b>Beratungen im dowas insgesamt*</b>	<b>952</b>	1.098	1.109	<b>7.286,0</b>	7.418,5	6.609,0	<b>7,7</b>	6,8	6,0
davon männlich	<b>677</b>	813	829	<b>5.372,0</b>	5.512,5	5.109,5	<b>7,9</b>	6,8	6,2
davon weiblich	<b>275</b>	285	280	<b>1.915,0</b>	1.906,0	1.499,5	<b>7,0</b>	6,7	5,4
<b>Beratungen nach Arbeitsbereichen</b>									
Beratungsstelle	<b>782</b>	805	799	<b>4.007,0</b>	4.626,0	4.052,0	<b>5,1</b>	5,7	5,1
Grundversorgung/Notschlafstelle (NOST)	<b>395</b>	502	516	<b>2.915,0</b>	2.334,5	2.248,0	<b>7,4</b>	4,7	4,4
Betreute Wohnformen**	<b>81</b>	67	54	<b>365,0</b>	458,0	309,0	<b>4,5</b>	6,8	5,7

\* ohne Betreuung für integra

\*\* ohne Betreuung für die Gemeinschaftswohnung

Den geringsten Rückgang hatten mit 5,2 % die anerkannten Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten (einschl. einiger weniger AsylwerberInnen) zu verzeichnen. Allerdings sind die für sie geleisteten Beratungsstunden mit knapp 16 % sehr viel stärker gesunken, was auf einen geringer gewordenen Unterstützungsbedarf hinweist. Sie lagen damit 2019 unter dem Stand des Jahres 2015, die für ÖsterreicherInnen und Daueraufenthaltsberechtigte hingegen deutlich darüber.

Die auf den ersten Blick recht positive Gesamtentwicklung in der ambulanten Beratung relativiert sich allerdings, wenn man sich die Details genauer anschaut.

#### **Notschlafstelle: relativ wenige brauchten sehr viel mehr**

De facto gehen nämlich die rückläufigen Gesamtzahlen der beratenen KlientInnen zum überwiegenden Teil auf die Notschlafstelle zurück: Hier wurden 2019 mit 395 KlientInnen gut 21 % weniger beraten als im Vorjahr (502) – allerdings begleitet von einer ungewöhnlich starken Zunahme der geleisteten Beratungsstunden: Letztere nahmen um fast ein Viertel von 2.334,5 Stunden (2018) auf 2.915,0 Std. (2019) zu. Diese Entwicklung korrespondiert weitestgehend mit der der Nächtigungen in der Notschlafstelle, wo gleichfalls deutlich weniger KlientInnen als im Vorjahr sehr viel mehr Nächte verbrachten und sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer signifikant verlängerte (s. Bericht über die Notschlafstelle). Damit löst sich die auf den ersten Blick nicht ganz nachvollziehbare Kombination aus sinkenden KlientInnenzahlen bei steigenden Leistungen recht einfach auf: Es gab eine relativ begrenzte Gruppe von KlientInnen, die sich im Jahresverlauf 2019 recht oft und lang in der Notschlafstelle aufhielten, einen sehr hohen Unterstützungsbedarf hatten und bei begrenzter Bettenzahl andere KlientInnen verdrängten. Die gesunkenen KlientInnenzahlen in der Notschlafstelle sind somit nicht das Resultat eines insgesamt geringeren Bedarfs. Sie sind vielmehr Ausfluss eines z. T. erheblich gestiegenen Unterstützungsbedarfs bei einer relativ kleinen Gruppe von KlientInnen, wodurch andere weniger zum Zuge kamen: Mehr als die Hälfte aller in der Notschlafstelle geleisteten Beratungsstunden entfielen auf nur 43 KlientInnen.

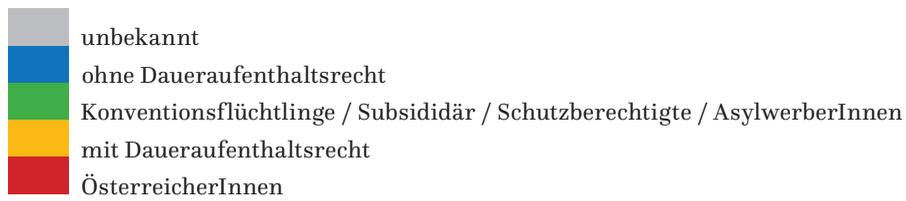
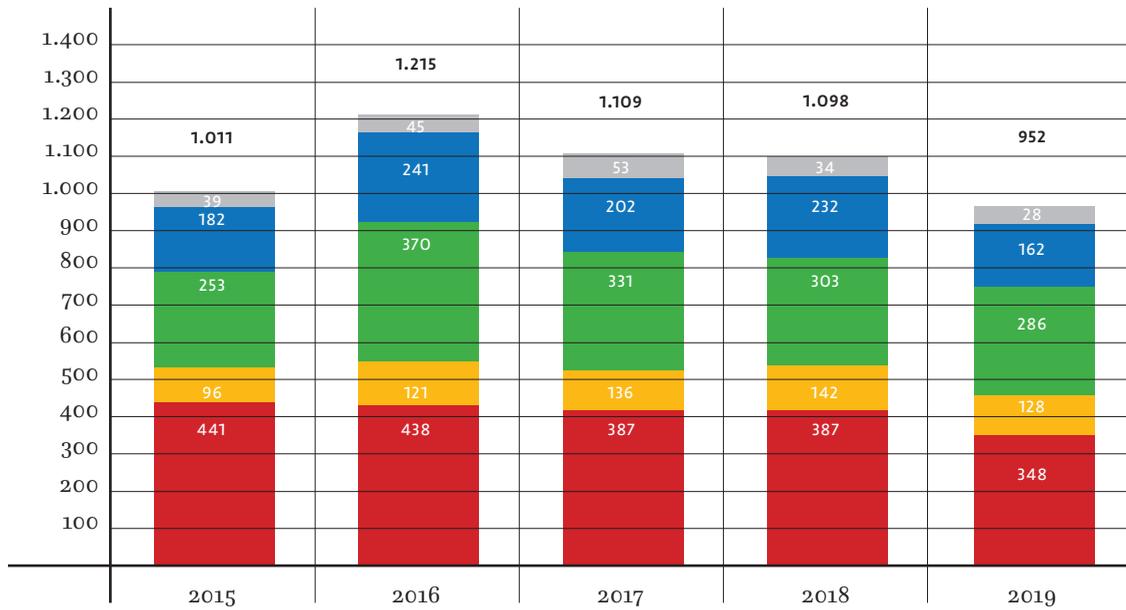
#### **Beratungsstelle: Nur wenig Veränderung**

Völlig anders das Bild in der Beratungsstelle: Hier wurden 2019 mit 4.006,5 Beratungsstunden 13,4 % weniger Leistungen als im Vorjahr in Anspruch genommen, die Zahl der beratenen KlientInnen sank allerdings nur um 2,9 % (23 Personen) auf 782. Bei den Männern ging es um 6,6 % auf 538 zurück, bei den Frauen sogar um 6,6 % nach oben auf 244. Damit setzte sich der seit Jahren zu beobachtende Trend einer allmählichen, aber steten Zunahme weiblicher Unterstützungssuchender fort. Der Frauenanteil in der Beratungsstelle lag 2019 bei 31,2 %.

Sowohl die KlientInnenzahlen, als auch die Beratungsstunden bewegten sich 2019 in etwa wieder auf dem Niveau des Jahres 2017 bzw. leicht darunter (→ TABELLE 2). Insofern kann man hier nicht wirklich von großer Veränderung sprechen, zumindest gibt es keine Entsprechung zu den seit 2018 landesweit sinkenden Zahlen der MindestsicherungsbezieherInnen. Für diese in den letzten beiden Jahren beobachtbare Entkoppelung von (landesweit sinkenden)

**GRAFIK 1**

**Beratene KlientInnen nach Aufenthaltsrecht – 2015 bis 2019**



Mindestsicherungszahlen und (bei **dowas** nahezu unverändert vielen) Unterstützungssuchenden hatten wir in unserem Bericht des Vorjahres die These aufgestellt, dass hierfür sehr wahrscheinlich die prekäre Situation am Wohnungsmarkt verantwortlich sein dürfte. Beobachtungen im Jahr 2019 stützen diese These und lassen sie präzisieren: Rund ein Drittel der BeratungsstellenklientInnen bezogen überhaupt keine Regelsatzleistungen aus der Mindestsicherung und ließen sich zur Wohnbeihilfe beraten. Das waren Menschen mit eigenen Einkommen über Mindestsicherungsniveau, die aber so niedrig waren, dass sie noch Anspruch auf Beratungsleistungen bei **dowas** hatten.

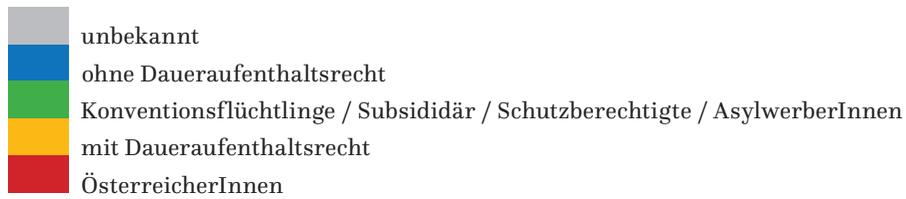
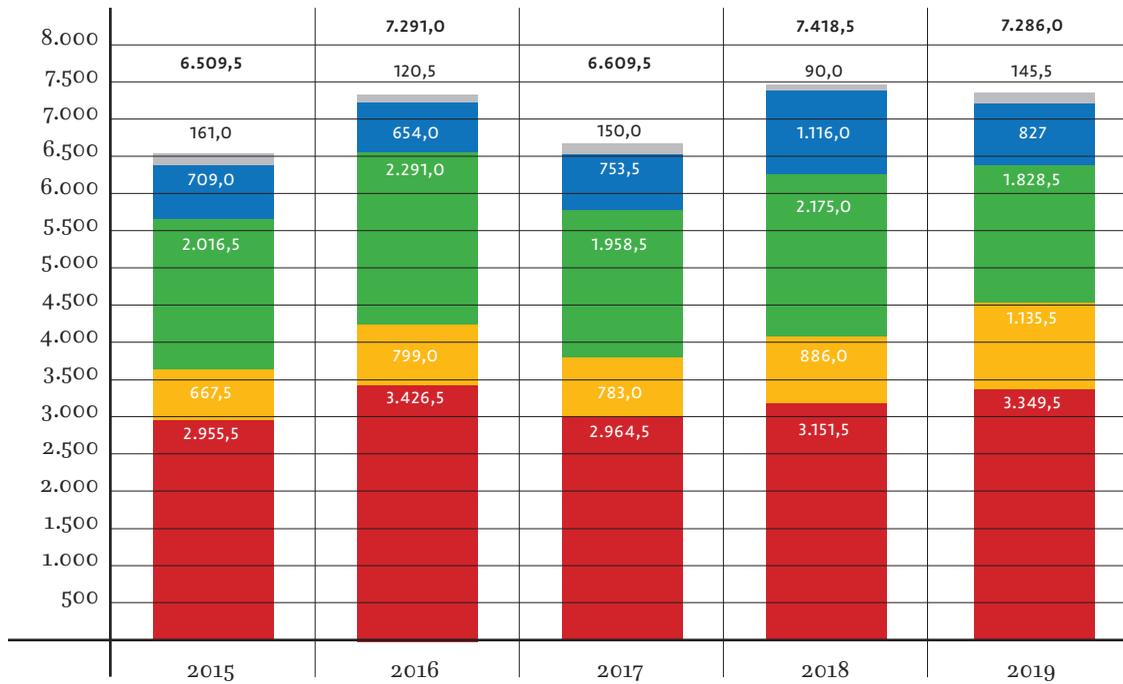
Das weist darauf hin, dass das Ausscheiden aus dem Mindestsicherungsbezug nicht automatisch auch eine Überwindung der prekären Lebenssituation bedeutet. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Zahl armuts- und ausgrenzungsgefährdeter Menschen in Vorarlberg mit mehr als 80.000 nahezu neun Mal so hoch ist wie die der MindestsicherungsbezieherInnen (rund 10.000). Für alle Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten sind aber die hohen Vorarlberger Mieten ein existenzielles Problem, vor allem, wenn sie aktuell eine Wohnung suchen. Insofern ist es wenig verwunderlich, dass die KlientInnenzahlen in unserer Beratungsstelle nur unmerklich sinken, obwohl die Zahl der MindestsicherungsbezieherInnen landesweit markant rückläufig ist.

#### **Betreute Wohnformen: business as usual**

In den Betreuten Wohnformen ist die Zahl der beratenen KlientInnen angestiegen, während sich die für sie geleisteten Beratungsstunden im Rahmen der üblichen Schwankungen bewegten. Bei den Beratungen in diesem Arbeitsbereich handelt es sich nahezu ausschließlich um die Vor- und Nacharbeiten für ambulante Wohnbetreuungen. Sie sind deshalb stark von mehr oder weniger Zufälligkeiten abhängig und erlauben keine weitergehenden Rückschlüsse.

**GRAFIK 2**

**geleistete Beratungsstunden nach Aufenthaltsstatus der KlientInnen – 2015 bis 2019**



## Weniger KlientInnen mit deutlich mehr Nächtingungen in der Notschlafstelle – Besuchszahlen im Treffpunkt normalisieren sich auf hohem Niveau

### **Notschlafstelle: Anstieg der Nächtingungen bei ÖsterreicherInnen und Daueraufenthaltsberechtigten**

In der Notschlafstelle ist die Zahl der KlientInnen, die 2019 dort übernachteten, gegenüber dem Vorjahr um 22,1 % auf 212 gesunken. Das ist der niedrigste Stand seit 2012 (→ TABELLE 3).

Eine Auswertung nach dem Aufenthaltsstatus zeigt, dass dieser Rückgang in allen Gruppen mit Ausnahme der KlientInnen mit Daueraufenthaltsrecht zu beobachten war, am stärksten bei den KlientInnen ohne Daueraufenthaltsrecht, deren Zahl sich nahezu halbiert hat. Die rückläufigen Gesamtzahlen sind somit nahezu ausschließlich auf diese Gruppe zurückzuführen. Der dem allgemeinen Trend zuwiderlaufende Zuwachs bei den KlientInnen mit Daueraufenthaltsrecht ist bereits seit einigen Jahren zu beobachten (→ GRAFIK 3).

Gleichzeitig stieg jedoch die Zahl der Nächtingungen gegenüber 2018 um 15,9 % auf 3.171 und bewegte sich damit nahe am Allzeithoch des Jahres 2001. Interessant ist eine Aufschlüsselung nach dem Aufenthaltsstatus der KlientInnen (→ GRAFIK 4).

Österreichische StaatsbürgerInnen brachten gut 25 % mehr Nächte in der Notschlafstelle zu als im Vorjahr, auf sie entfielen 2019 insgesamt 54 % aller Nächtingungen. Mit 52 % noch stärker war der Zuwachs bei den KlientInnen mit Daueraufenthaltsrecht. Auf sie entfiel ein Fünftel aller Nächtingungen. Mit gut 28 % stark zurückgegangen ist hingegen der Anteil der KlientInnen ohne Daueraufenthaltsrecht. Auf sie entfielen nur noch etwas mehr als 15 % aller Nächtingungen. Wie schon in den Jahren zuvor blieb der Anteil der von Flüchtlingen in Anspruch genommenen Nächtingungen mit gut 8 % gering, wenngleich er um 10 % zunahm. Auffällig in dieser Gruppe war allerdings, dass die Nächtingungen von Konventionsflüchtlingen mit einem Minus von rund 62 % stark rückläufig waren, die von Subsidiär Schutzberechtigten hingegen um rund 60 % nach oben schnellten.

Man muss also konstatieren, dass die öffentlichen Debatten, die sich ja in erster Linie um Flüchtlinge und nicht daueraufenthaltsberechtigten Menschen (insbes. Roma) drehen, zumindest bezüglich der Notschlafstelle völlig am eigentlichen Problem vorbeigehen. Diese Gruppen spielten 2019 mit zusammen gerechnet knapp 24 % der in Anspruch genommenen Nächtingungen nur eine untergeordnete Rolle und fielen auch finanziell wenig ins Gewicht. Fast drei Viertel aller Nächtingungen waren österreichischen StaatsbürgerInnen und AusländerInnen mit einem Recht auf dauerhaften Aufenthalt zuzuordnen.

### **Zuspitzung der Lage für KlientInnen in sehr prekären Lebensverhältnissen**

Genau genommen entfällt fast die Hälfte aller Nächtingungen (1.535) auf eine relativ kleine Gruppe von 27 KlientInnen (23 Männer, 4 Frauen), die sich über das Jahr verteilt jeweils mehr als vier Wochen (> 28 Tage) in der Notschlafstelle aufhielten, also mind. zwei nicht nur kurzzeitige Aufenthalte hatten. Auch

TABELLE 3

Statistik Notschlafstelle – 2019 | 2018 | 2017

	KlientInnen			Übernachtungen			durchschnittlicher Aufenthalt/Nächte		
	2019	2018	2017	2019	2018	2017	2019	2018	2017
<b>Übernachtungen gesamt</b>	<b>212</b>	272	261	<b>3.171</b>	2.735	2.887	<b>15,0</b>	10,1	11,1
davon männlich	<b>172</b>	220	214	<b>2.677</b>	2.389	2.541	<b>15,6</b>	10,9	11,9
davon weiblich	<b>40</b>	52	47	<b>494</b>	346	346	<b>12,4</b>	6,7	7,4
<b>Durchschnittliche Belegung pro Nacht</b>	<b>8,7</b>	7,5	7,9						
<b>Durchschnittsalter in Jahren</b>	<b>39,1</b>	37,6	37,9						

TABELLE 4

Statistik Aufenthaltsdauer – 2019 | 2018 | 2017

	KlientInnen			Übernachtungen		
	2019	2018	2017	2019	2018	2017
bis 4 Nächte (Kurzaufenthalte)	<b>95</b>	154	140	<b>230</b>	351	342
5 bis 28 Nächte	<b>90</b>	96	102	<b>1.406</b>	1.451	1.633
29 bis 50 Nächte	<b>14</b>	16	10	<b>571</b>	533	424
mehr als 50 Nächte	<b>13</b>	6	9	<b>964</b>	400	488

in dieser Untergruppe dominierten österreichische StaatsbürgerInnen (zwei Drittel) und Daueraufenthaltsberechtigte, die schon länger in Österreich lebten (knapp ein Fünftel). Die Zahl dieser LangzeitbesucherInnen hat sich nicht nur gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht (+5), sie lag auch auffällig über dem jahrelangen Durchschnitt. Noch stärker gestiegen ist die Zahl der von dieser Gruppe in Anspruch genommenen Nächtingungen: 2018 waren das noch 933, 2019 hingegen 602 mehr, also ein Plus von knapp 65 %. (→ TABELLE 4/AUFENTHALTSDAUER). Der Zuwachs bei der Gesamtzahl der Nächtingungen in der Notschlafstelle geht folglich ausschließlich auf diese kleine Gruppe von LangzeitbesucherInnen zurück.

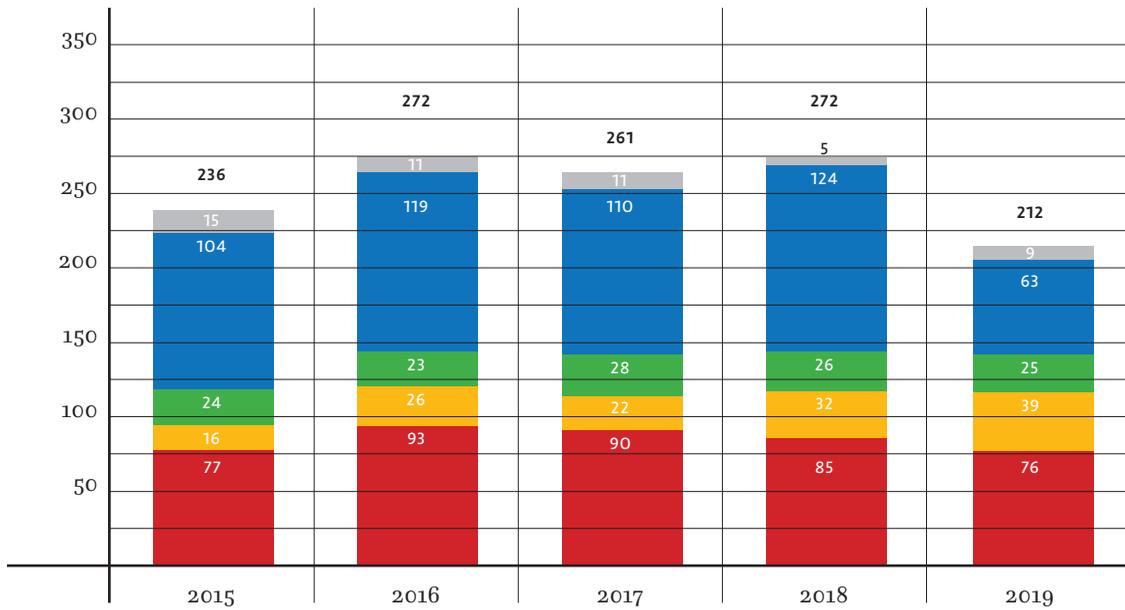
Damit löst sich auch die vordergründige Ungereimtheit, dass 2019 im Vergleich zum Vorjahr weniger KlientInnen mehr Nächte in Anspruch genommen haben: Mit 8,7 KlientInnen pro Nacht war die Notschlafstelle so voll wie noch nie in den letzten 15 Jahren. Die längeren Aufenthalte in der Gruppe der LangzeitbesucherInnen hatten deshalb zur Folge, dass andere mangels Platz keine Aufnahme fanden. In der Statistik spiegelte sich dies in einem starken Rückgang der Kurzaufenthalte (max. vier Nächte) wider, in der Praxis führte es zu durchschnittlich 20 Abweisungen pro Monat. Man muss also nüchtern konstatieren, dass der Rückgang der KlientInnenzahlen in der Notschlafstelle mitnichten ein Hinweis auf eine Entspannung der Lage ist, sondern stattdessen einer auf eine starke Zuspitzung der Situation für die relativ kleine Gruppe derjenigen, die am wenigsten sozial integriert sind und der Lebenssituation am Prekärsten ist.

Fragt man nach den Gründen für die ungewöhnliche Entwicklung bei den LangzeitbesucherInnen der Notschlafstelle, gibt es zwei, die sehr wahrscheinlich sein dürften. Gleichwohl lassen sie sich nicht durch Zahlen belegen, sondern nur aus Erfahrungswerten der praktischen Arbeit erschließen. Zum einen dürfte sich die gestiegene Wohnungsnot in Vorarlberg bemerkbar machen. Zwar lebten die meisten der betroffenen KlientInnen auch in der Vergangenheit eher selten in gesicherten Wohnverhältnissen. Zur Lebenssituation dieser KlientInnen gehört es eher, dass sie zwischendurch immer wieder bei KollegInnen und Bekannten Unterschlupf gesucht und auch gefunden haben und die Notschlafstelle eher letzter Notnagel war. Diese Unterschlupfmöglichkeiten scheinen weniger geworden zu sein, weil auch die bisher Unterschlupf gewährenden Bekannten angesichts der Wohnungsnot mehr unter Druck geraten sind.

Zum anderen zeigt sich eine Lücke im sozialpsychiatrischen Versorgungssystem, auf die wir bereits in der Vergangenheit hingewiesen haben. Die Differenzierungen und Spezialisierungen in der (sozial-) psychiatrischen Versorgung, die in ausgefeilten Produktbeschreibungen, genauen Definitionen von Zielgruppen anhand fest umrissener Krankheitsbilder ihren Niederschlag findet, haben zur Folge, dass KlientInnen mit diffusen Krankheitsbildern bzw. Störungen, Mehrfachbelastungen und/oder wenig Compliance nicht mehr in das System passen und ausgeschlossen werden. Sie landen dann u. a. in unserer Notschlafstelle, was wir bereits seit einigen Jahren beobachten, 2019 aber besonders. Es besteht kaum Hoffnung, dass sich daran künftig etwas ändert, weil das (sozial-) psychiatrische System überhaupt kein Interesse an einer Integration dieser Gruppe hat: Es sind die anstrengenden und widerspenstigen KlientInnen, deren Betreuung oder Begleitung von Abbrüchen und Wieder-

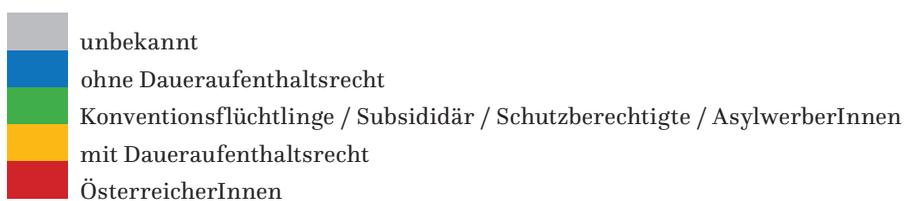
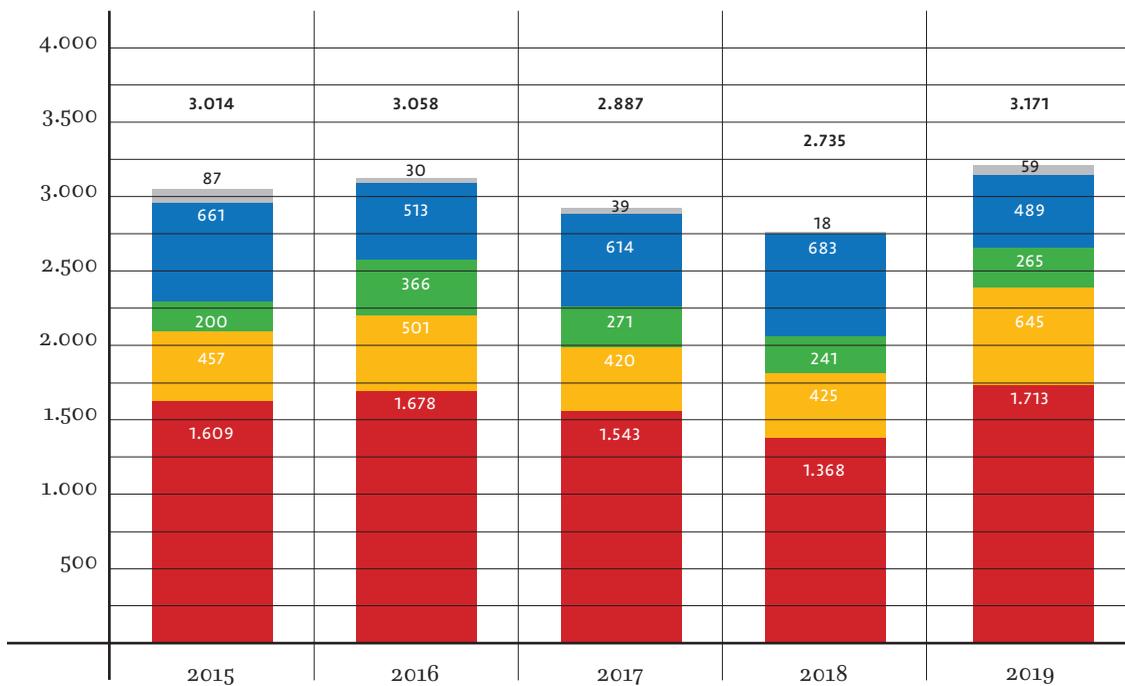
**GRAFIK 3**

**KlientInnen in der Notschlafstelle nach Aufenthaltsstatus – 2015 bis 2019**



**GRAFIK 4**

**Nächtigungen in der Notschlafstelle nach Aufenthaltsstatus der KlientInnen – 2015 bis 2019**



holungen geprägt ist und vom System und seinen MitarbeiterInnen sehr viel Geduld und Frustrationstoleranz erfordert einschließlich der Bereitschaft, auch nach mehrmaligem Scheitern wiederholte Betreuungsangebote zu machen. Es ist in diesem Kontext interessant zu beobachten, wie im sehr unverbindlichen Setting einer Notschlafstelle Zugänge zu solchen Menschen gelingen, die im Psychiatriesystem nicht einmal wahrgenommen werden.

### **Treffpunkt: Besuchszahlen normalisieren sich auf hohem Niveau**

Im Treffpunkt ist 2019 das eingetreten, was wir im letzten Jahresbericht aufgrund der Entwicklungen im zweiten Halbjahr 2018 bereits prognostiziert hatten: Nach einem deutlichen Rückgang der Besuche infolge des Umzugs in den Sandgrubenweg 2017 normalisierten sich die Besuchszahlen 2019 und das auch noch auf einem vergleichsweise hohen Niveau: Mit 10.268 Besuchen im Gesamtjahr und einem durchschnittlichen täglichen Besuch von 40,8 Menschen war der Treffpunkt nicht nur erheblich stärker frequentiert als im Vorjahr (ganzjährig: 7.150, täglich: 28,8), die Besuchszahlen 2019 gehörten sogar zu den Spitzenwerten, die im Treffpunkt in der Vergangenheit erreicht wurden. Gleiches gilt auch für die Essensausgaben. Bemerkenswert ist der Anstieg der Besuche von Frauen: Noch nie lag deren Anteil so hoch (→ TABELLE 6/TREFFPUNKT).

Auch wenn sich die personelle Zusammensetzung der BesucherInnen im Vergleich zum alten Treffpunkt in der Quellenstraße stark verändert hat, können wir konstatieren, dass sich die Erneuerung der Ausstattung und des Ambientes im Treffpunkt in Richtung eines „normalen“ Lokals bewährt hat.

### **Gesundheitsberatung im Treffpunkt: gestiegene Inanspruchnahme der niederschweligen Suchthilfe**

Ohne Zweifel hat das Angebot einer Gesundheitsberatung zur Steigerung der Besuchszahlen beigetragen, wobei man ehrlicherweise zugestehen muss, dass diese Gesundheitsberatung anders als eigentlich geplant bis weit ins letzte Jahr hinein nahezu ausschließlich aus der niederschweligen Suchthilfe mit Spritzenaustausch und safer-use-Beratung bestand. Gegenüber dem Startjahr 2018 hat sich die Zahl der Kontakte im Kontext der niederschweligen Suchthilfe genauso markant erhöht wie die Zahl der getauschten Spritzen (→ TABELLE 7/NIEDERSCHWELIGE SUCHTHILFE). Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die Entscheidung, die niederschwellige Suchthilfe des Bezirks Bregenz an den Treffpunkt des **dowas** anzubinden, richtig war und angenommen wurde.

Wie bereits angedeutet, hat sich hingegen das andere Vorhaben, das wir mit der Einrichtung einer Gesundheitsberatung verfolgt hatten, nämlich die Etablierung einer allgemeinen Beratung in gesundheitlichen Fragen für alle KlientInnen des **dowas**, nicht wie gewünscht entwickelt. Wir haben deshalb zum letzten Quartal des Jahres 2019 organisatorische und personelle Änderungen vorgenommen und seitdem kommt auch dieses Angebot allmählich ins Laufen. Wir hoffen, dass wir im Jahresbericht 2020 von Fortschritten berichten können, weil die gesundheitliche Verfassung vieler unserer KlientInnen (insbes. in Treffpunkt und Notschlafstelle) nicht die beste ist und gleichzeitig ihr Zugang zum medizinischen Regelsystem mit vielen Hindernissen bestückt ist. Es ist weiterhin das Ziel unserer Gesundheitsberatung, möglichst viele diese Hindernisse für möglichst viele unserer KlientInnen zu beseitigen.

TABELLE 6

Statistik Treffpunkt – 2019 | 2018 | 2017

	Anzahl Besuche			Durchschnittliche Besuche pro Tag		
	2019	2018	2017	2019	2018	2017
<b>Besuche an Werktagen gesamt</b>	<b>10.268</b>	7.150	8.031	<b>40,9</b>	28,8	33,6
davon männlich	<b>7.984</b>	5.665	6.769	<b>31,8</b>	22,8	28,2
davon weiblich	<b>2.284</b>	1.485	1.262	<b>9,2</b>	6,0	5,3
<b>Essensausgaben</b>	<b>3.437</b>	3.437	2.541	<b>17,7</b>	13,9	12,6

TABELLE 7

Statistik niederschwellige Suchthilfe und Spritzentausch – 2019 | 2018

	Treffpunkt				Spritzenautomat			
	Anzahl Kontakte		getauschte Spritzen		verkaufte Spritzen		verkaufte Safer-Sets	
	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018
<b>Gesamt</b>	<b>1.334</b>	384	<b>46.796</b>	14.561	<b>7.272</b>	7.272	<b>3.636</b>	3.636
davon an Klienten	<b>1.055</b>	283						
davon an Klientinnen	<b>279</b>	101						

## Weniger Wohnbetreuungen sowohl in den Einzelwohnungen, als auch in der Gemeinschaftswohnung

### **Ambulante Wohnbetreuungen in Einzelwohnungen:**

#### **weniger Betreuungstage – Ursachen sind unklar**

Bei den ambulanten Wohnbetreuungen in Einzelwohnungen (ABW) gab es auch 2019 rückläufige Zahlen, stärker sogar als im Vorjahr. Dies betraf allerdings nicht die betreuten KlientInnen, deren Zahl im Ausmaß der über die Jahre beobachtbaren Schwankungsbreite sogar zunahm (+22%). Gesunken sind die Betreuungstage und zwar um knapp 8 % auf 6.524 nach 7.058 in 2018 (→ TABELLE 8). Dies ist ein Wert, der zuletzt im Jahr 2010 so niedrig lag. Die rückläufigen Betreuungstage waren sowohl bei Wohnbetreuungen mit normaler, als auch mit erhöhter Intensität bzw. bei denen mit längerfristiger, als auch bei denen mit niederschwelliger Betreuungsperspektive zu beobachten.

Die Gründe für diesen Rückgang sind nicht genau zu eruieren. Zum einen macht sich auch für **dowas** als Anmieter von Wohnungen zu Betreuungszwecken die schwierige Lage am Wohnungsmarkt bemerkbar: Für Wohnungen, die wir an KlientInnen weitergeben, finden wir de facto kaum noch Ersatz zu Mietpreisen, die mit der Mindestsicherung bzw. der Wohnbeihilfe verrechenbar sind. Zwar haben wir infolgedessen diese Praxis stark reduziert, aber es gab 2019 Fälle, in denen dies zur Sicherung des Betreuungserfolges einfach unumgänglich war. Dadurch hat sich die Zahl unserer für Betreuungszwecke zur Verfügung stehenden Wohnungen reduziert.

Zum anderen haben wir 2019 einige organisatorische Veränderungen vorgenommen, die für 2020 geplante strukturelle Änderungen einleiten sollten. Es kann sein, dass dadurch die (personelle) Betreuungskontinuität beeinträchtigt wurde, die gerade bei den Wohnbetreuungen sehr wichtig ist, und dies zu mehr Abbrüchen und Wechseln geführt hat. Zum Dritten hatten wir den Eindruck, dass wir 2019 mehr KlientInnen mit einer niedrigeren Konstanz und Compliance hatten. Das war einerseits durchaus gewollt, indem wir die niedrighschwelligeren Betreuungsformen ausgeweitet haben (→ JAHRESBERICHT 2018). Andererseits hat sich das Phänomen auch in den Betreuungen mit einer vom Konzept her längerfristigen Perspektive bemerkbar gemacht, was nicht im Sinne des Erfinders war.

Es ist derzeit nicht möglich, eine tragfähige Einschätzung der Entwicklung des Jahres 2019 zu treffen. Man wird die weitere Entwicklung beobachten müssen, um genauere Rückschlüsse ziehen zu können, und sollte dabei auch für etwaige Konzeptveränderungen offen sein.

TABELLE 8

## Statistik Ambulante Wohnbetreuungen in Einzelwohnungen – 2019 | 2018 | 2017

	KlientInnen			Betreuungstage			durchschnittlicher Aufenthalt/Tage		
	2019	2018	2017	2019	2018	2017	2019	2018	2017
<b>Wohnbetreuungen gesamt</b>	<b>33</b>	27	31	<b>6.524</b>	7.058	7.273	<b>197,7</b>	261,4	234,6
davon männlich	<b>28</b>	24	27	<b>5.535</b>	6.206	6.542	<b>197,7</b>	258,6	242,3
davon weiblich	<b>5</b>	3	4	<b>989</b>	852	731	<b>197,8</b>	284,0	182,8
<b>Betreuung nach Betreuungsform*</b>									
ABW (bis 3 J. Betreuungsperspektive)	<b>22</b>	19	23	<b>4.803</b>	4.966	5.981	<b>218,3</b>	261,4	260,0
niederschwellige Betreuungsperspektive	<b>13</b>	9	9	<b>1.721</b>	2.092	1.292	<b>132,4</b>	232,4	143,6
<b>Betreuung nach Aufwand*</b>									
normale Intensität (Ø 4 Std./Woche)	<b>26</b>	24	23	<b>5.030</b>	5.502	6.088	<b>193,5</b>	229,3	264,7
erhöhte Intensität (Ø 8 Std./Woche)	<b>9</b>	7	8	<b>1.494</b>	1.556	1.185	<b>166,0</b>	222,3	148,1
<b>Betreuungen im Rahmen der Haftentlassenenhilfe/Bewährungshilfe</b>	<b>1</b>	3	2	<b>103</b>	683	95	<b>103,0</b>	227,7	47,5
<b>Durchschnittsalter in Jahren</b>	<b>43,1</b>	44,7	46,9						

\* ein Wechsel der Betreuungsform im Laufe des Betreuungszeitraums

**Gemeinschaftswohnung: rückläufige Zahlen im Rahmen der üblichen Schwankungsbreite – Haftentlassenenhilfe stabil auf hohem Niveau**

Auch in der Gemeinschaftswohnung in Lauterach sind die Zahlen gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, bei den KlientInnen um  $-26,7\%$  und bei den Betreuungstagen um  $-16,3\%$  (→ TABELLE 9). Allerdings entspricht dies – anders als bei den Betreuungen in Einzelwohnungen – eher den über die Jahre hinweg beobachtbaren, üblichen Schwankungen.

Man muss auch positiv konstatieren, dass sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer erhöht hat, insbesondere bei den männlichen Klienten. Erfreulich auch, dass die Betreuungen im Rahmen der Haftentlassenenhilfe mit 5 von insgesamt 11 KlientInnen auf dem gleich hohen Niveau wie 2018 geblieben sind und sich die Aufenthaltsdauer dieser Zielgruppe sogar leicht erhöht hat.

Bemerkenswert ist der erneute Anstieg des Durchschnittsalters der betreuten KlientInnen, das mit 30,2 Jahren so hoch wie nie war. Wir hatten schon im letzten Jahresbericht darauf hingewiesen, dass durch die vom Land veranlasste Umstellung von einer stationären Wohngemeinschaft in eine nur noch ambulant betreute Gemeinschaftswohnung die ursprünglich für Lauterach avisierte Zielgruppe junger Menschen mit wenig selbstständiger Wohnerschaft nicht mehr so zum Zuge kommt wie früher. Diese Entwicklung hat sich 2019 mit einem erneuten Anstieg des Durchschnittsalters fortgesetzt. Grund dafür ist, dass für die ambulante Betreuung höhere Eingangsvoraussetzungen im Hinblick auf die Verlässlichkeit der KlientInnen erforderlich sind als für eine stationäre.

TABELLE 9

Statistik Gemeinschaftswohnung – 2019 | 2018 | 2017

	KlientInnen			Betreuungstage			durchschnittlicher Aufenthalt/Tage		
	2019	2018	2017	2019	2018	2017	2019	2018	2017
<b>Aufenthalte gesamt</b>	<b>11</b>	15	10	<b>1.786</b>	2.134	2.047	<b>164,4</b>	142,3	204,7
davon männlich	<b>8</b>	11	8	<b>1.529</b>	1.738	1.510	<b>191,1</b>	158,0	188,8
davon weiblich	<b>3</b>	4	2	<b>257</b>	396	537	<b>85,7</b>	99,0	268,5
davon Haftentlassene und/oder KlientInnen mit Bewährungshilfe	<b>5</b>	5	2	<b>773</b>	685	391	<b>154,6</b>	137,0	195,5
<b>Durchschnittsalter in Jahren</b>	<b>30,2</b>	27,3	26,5						

## Betriebliche Sozialarbeit für integra



### **Reduzierter Betreuungsauftrag in den Erwachsenenprojekten (SÖB) – vorzeitige Beendigung der Kooperation zwischen dowas und integra im Jugendbeschäftigungsprojekt**

Wie schon im letzten Jahresbericht ausgeführt, war zwischen **dowas** und **integra** eine Beendigung der Kooperation in der betrieblichen Sozialarbeit sowohl in den Erwachsenenprojekten (SÖB), als auch im Jugendbeschäftigungsprojekt *WerkStadt* mit Ende des Jahres 2019 vereinbart worden. Im Jugendbeschäftigungsprojekt wurde das Ende dann bereits auf den 30. September vorgezogen, weil sich mehr oder weniger zufällig zu diesem Zeitpunkt eine gute Gelegenheit für eine vorteilhafte organisatorische und personelle Überleitung eröffnet hatte. Die betriebliche Sozialarbeit für die Erwachsenenprojekte wurde hingegen planmäßig bis Ende Dezember durchgeführt, allerdings mit einem von bisher 1.200 auf 900 Stunden reduzierten Betreuungsauftrag an **dowas** als Konsequenz aus den Mittelkürzungen des AMS.

Insofern lassen sich die Betreuungszahlen sowohl für die Erwachsenenprojekte, als auch für das Jugendbeschäftigungsprojekt nur sehr bedingt mit den Vorjahren vergleichen (→ TABELLE 10).

Lediglich der Betreuungsaufwand pro TransitmitarbeiterIn lässt Vergleiche mit früheren Jahren zu. Diesbezüglich muss darauf hingewiesen werden, dass dieser Pro-Kopf-Aufwand in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken ist. Dies ist ein bemerkenswerter Widerspruch zu der von **integra** immer wieder angeführten Beobachtung, dass die in den letzten Jahren vom AMS zugewiesenen TransitmitarbeiterInnen zunehmend weniger Kompetenzen mitbrachten und höhere Anforderungen an die Begleitung stellten. Wenn diese Beobachtung stimmt, konnten diese höheren Anforderungen mit den zur Verfügung gestellten Sozialarbeitsstunden mit Sicherheit nicht hinreichend erfüllt werden. Es wird **integra** deshalb empfohlen, dieses Missverhältnis genau zu analysieren und ggf. Konsequenzen zu ziehen.

TABELLE 10

## Betriebliche Sozialarbeit für integra – 2019 | 2018 | 2017

Arbeitsprojekt für Erwachsene (SÖB)	KlientInnen			Betreuungsstunden			Stunden pro KlientIn		
	2019	2018	2017	2019	2018	2017	2019	2018	2017
<b>Beratungen im GBP gesamt</b>	<b>161</b>	214	189	<b>884,0</b>	1.381,5	1.438,5	<b>5,5</b>	6,5	8,0
davon männlich	<b>104</b>	112	83	<b>571,0</b>	737,5	531,0	<b>5,5</b>	6,6	8,2
davon weiblich	<b>57</b>	102	106	<b>313,0</b>	644,0	907,5	<b>5,5</b>	6,3	7,8

TABELLE 11

## Pädagogische Begleitung im Jugendbeschäftigungsprojekt von integra – 2019 | 2018 | 2017

Jugendbeschäftigungsprojekt WerkStadt	KlientInnen			Betreuungsstunden			Stunden pro KlientIn		
	2019	2018	2017	2019	2018	2017	2019	2018	2017
<b>Beratungen im Jugendprojekt gesamt</b>	<b>44</b>	50	48	<b>945,00</b>	1.260,00	1.260,00	<b>21,5</b>	25,2	26,3
davon männlich	<b>36</b>	40	39	<b>715,25</b>	1.056,25	1.105,25	<b>19,9</b>	26,4	28,3
davon weiblich	<b>8</b>	10	9	<b>229,75</b>	203,75	154,75	<b>28,7</b>	20,4	17,2

## dowas und das Ende der Sozialarbeit für integra

### **Zur Erinnerung: Gründung und Anfänge von Integra**

Angestoßen durch einen Rechnungshofbericht über die Arbeitsprojekte in Vorarlberg (2003) initiierte und forcierte der **dowas**-Vorstand den Zusammenschluss der drei Arbeitsprojekte von **dowas**, **ARB – Arbeitsinitiative Regio Bodensee** und von **Affra – Arbeit für Frauen** zur **integra – Arbeitsinitiative Regio Bodensee gemeinnützige GesmbH**. Diese wurde im Juli 2004 gegründet. **dowas** war Dritteigentümer und gestaltete in diesem Rahmen die Arbeit von **integra** aktiv mit. Im Jahre 2008 haben die Vereine „Berufsvorschule – Jugend am Werk“ und „Bildungswerkstätte Feldkirch“ sowie die Arbeiterkammer Vorarlberg als Gesellschafter die Werkzeit Vorarlberg GmbH gegründet. 2013 kam es zur Fusionierung der Gesellschaften Arbeitsinitiative **integra** Regio Bodensee und Werkzeit Vorarlberg zur **integra** Vorarlberg gGmbH. Die **dowas** Beratungsstelle leistete bis zum Jahresende 2019 im Auftrag von **integra** die Sozialbetreuung in den verschiedenen Geschäftsbereichen und Jugendbeschäftigungsprojekten.

### **Trägerorganisationen in der Gesellschafterversammlung, aktuell 2020 / Beteiligung am Kapital**

- **Arbeiterkammer Vorarlberg** (38,25 %)
  - Hubert Hämmerle und Rainer Keckeis
- **dowas** (36,67 %)
  - Peter Niedermair,
  - bis März 2019 Astrid Spiegel und Silvia Hartmann
- **ARB – Arbeitsinitiative Regio Bodensee** (18,33 %)
  - Michael Simma, Bürgermeister Lochau,
  - und Herbert Sparr, Bürgermeister Höchst
- **Jugend am Werk** (6,75 %)
  - Michael Tinkhauser, Bürgermeister Bludesch,
  - Mandi Katzenmayer, Bürgermeister Bludenz

**integra** hatte bereits 2018 angekündigt, den sozialarbeiterischen Beratungsauftrag für **dowas** im Jahr 2019 kürzen zu wollen. Man einigte sich auf eine Kürzung von bislang 1.350 Stunden auf 900 Stunden. Gleichzeitig wurde von den damaligen beiden Geschäftsführern und dem damaligen Bereichsleiter der Personalentwicklung wiederholt die Absicht artikuliert, die Kooperation mit **dowas** in der betrieblichen Sozialarbeit zu beenden. **integra**-seits war man der Meinung, dass man diese Beratungen intern effizienter leisten könne. **dowas** ging letztlich mit Bauchschmerzen, die sich vor allem an Befürchtungen hinsichtlich der Qualität der künftigen Sozialarbeit festmachten, auf diesen Wunsch ein, weil es wenig Sinn macht, mit jemandem zu kooperieren, der diese Kooperation nicht wünscht. Mit Jahresende 2019 war auch die Sozialarbeit, die **dowas** seit 2004 erfolgreich für die Integra MitarbeiterInnen geleistet hatte, zu Ende. 2019, wie bereits im Geschäftsbericht 2018 bekannt gegeben, wurde **integra** vom Vorarlberger Landesrechnungshof geprüft. Die Inhalte des Prüfberichts wurden an dieser Stelle letztes Jahr ebenso publik gemacht wie die zahlreichen Empfehlungen. Mittlerweile wurde Hartwig Maier von der Gesellschafterversammlung per November 2019 zum neuen und alleinigen Geschäftsführer der **integra** bestellt. Zwischenzeitlich gab es von früheren Angestellten und MitarbeiterInnen Anzeigen gegen **integra**, die derzeit von der Staatsanwaltschaft geprüft werden.



Christian Hörl

### **In memoriam Christian Hörl**

Der Tod von unserem früheren Geschäftsführer Christian Hörl ist uns allen sehr nahe gegangen. Er leitete den Verein **dowas** von 1993–2000. Durch seine herzliche, offene Art hat er unsere Arbeit mit Tatkraft und großem Engagement in neue Bahnen gelenkt. Für unsere MitarbeiterInnen war er stets ein besonderer Ansprechpartner auch für persönliche Anliegen, ein guter Zuhörer und Mitdenker auf Augenhöhe.

Er nahm immer Anteil an den Fragen, Ideen und Sorgen des Personals und der KlientInnen. Christian war ein Vordenker und hat mit Freude einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der sozialen Landschaft im Land Vorarlberg geleistet. Danach wechselte er in die Politik und wurde bis 2005 Clubobmann der Grünen Fraktion im Landtag. Sein großes politisches Anliegen war die Umsetzung einer ökosozialen Steuerreform. Seine Familie ging Christian über alles, auch für seine FreundInnen war er stets zur Stelle und fand immer Mut machende, passende Worte oder brachte seinen Humor ein für die Situationen des Lebens. „Menschen sollten sich verstehen, verständigen“, war sein Slogan, und er versuchte nach diesem Prinzip zu leben. Er war ein wahrer Menschenfreund.

In seinem Buch *Unvollkommen, vollkommen – Eine Einladung zum Dialog über das Menschliche*, (Bregenz, 2018, 2. überarbeitete Auflage, ISBN 978-3-200-05124-9) schreibt er auch viel über Menschlichkeit, Entwicklungsmöglichkeiten und das Leben. Christian wird uns sehr fehlen, ich bin besonders traurig über seinen frühen Tod, da er mir und meiner Familie seit langen Jahren ein besonderer Vertrauter und Freund war.

**Roswitha Steger**

30 Jahre nach der Gründung des **dowas** 1982 wünschte sich der Vorstand ein Buch über diese drei Jahrzehnte. Allerdings, so hieß es, man habe kein Geld dafür, was mich nicht grob störte, man könnte ein geeigneteres Medium finden. Zudem meinten Kurt Dornig, der Buchgestalter aus Dornbirn, und ich, dass ein Buch sowieso nicht zum **dowas** passt, weil man die sozialpolitische Geschichte und das Engagement für Menschen in existenzieller Not, die auf der Suche nach einer Arbeit und einem Platz zum Wohnen sind, nicht zwischen zwei Buchdeckel ein- und ablegen kann. Die Idee für eine Zeitung mit Innen- und Außenperspektiven und Bildern, die anders werden sollten als aus der Perspektive des Armutsvoyeurismus. Wir holten Gerhard Klocker dazu und die Idee der anderen Bilder entstand im Nu. Wir besorgten den im **dowas** betreuten Personen Instant-Kameras und baten sie Fotos zu machen. Kurt Dornig gestaltete die Zeitung, die im Alten Landtagssaal in Bregenz zum 30 Jahre Jubiläum des **dowas** präsentiert wurde. Einer meiner zahlreichen Gesprächspartner für das Projekt war Christian Hörl. Das Gespräch fand im September 2012 in Bregenz statt. Christian Hörl hat die Entwicklung des **dowas** über sehr lange Zeit entscheidend mitgestaltet und geprägt.

///

**PN** Du hast als Geschäftsführer von 1986 bis 1995 wichtige wirtschaftliche Kompetenzen für die Professionalisierung des **dowas** eingebracht; welche Rolle spielte dabei die Entwicklung der Organisation?

**CH** Am Anfang des **dowas** treffen sich Sozialarbeiter aus der Bewährungshilfe und viele junge Leute aus der Sozialakademie mit hohen Idealen, die versuchen eine Antwort darauf zu finden, dass Jugendliche ins Jugendzentrum einbrechen, um sich Essen und Schlafmöglichkeiten zu organisieren. Etwas später kommt der erste Hauptamtliche, die Wohngemeinschaft verlagert sich in die Rheinstraße und man erkennt, dass es tagesstrukturierende Maßnahmen braucht, nicht nur um das Schlafen abzusichern, sondern mit der Arbeit ein Stück weit auch die Existenz. Gleich danach kommt das erste Arbeitsprojekt, eine Tischlerei dazu. 1985 kriselt es, weil die Situation ohne ausreichende Ressourcen offensichtlich nicht mehr bewältigbar war.

**PN** Diese erste **dowas** Krise war eine Strukturkrise und das **dowas** selbst war in großer Not. Die Reaktion von außen war, dass fördertechisch das **dowas** von der Stadt Richtung Land ging, die Reaktion von innen war eine stärkere Professionalisierung, unter anderem mit einer hauptamtlichen Geschäftsführung. 1986 hast Du, ein gelernter Betriebswirt, als Geschäftsführer begonnen.

**CH** Wichtig war mir, jenen vor Ort, die die Arbeit gemacht hatten, gut zuzuhören, um die Anliegen mit ihnen gemeinsam umzusetzen. Bei wöchentlichen Treffen wurden intensive sozialpolitische Diskussionen geführt; wichtig war mir auch, eine spezifische Linie hineinzubringen, die Anliegen aufzugreifen und zu kanalisieren und ins Gespräch zu bringen. Immer wieder sind Vorstöße von den Sozialarbeitern gekommen, zum Teil auch in Auseinandersetzung mit den Menschen, die die Hilfe in Anspruch genommen haben. Aus der Perspektive der Geschäftsleitung war es wichtig, eine tragende Struktur einzuführen, d.h. eine Form zu finden, mit den Sozialarbeitern zu arbeiten. Dabei war mir wesentlich, das **dowas** zu einer Institution zu machen, in der man sich nicht

fortlaufend ausbeutet und in der eine geeignete Infrastruktur zur Verfügung steht, damit man über längere Zeit engagiert arbeiten kann.

**PN** Wie waren die Dienstverhältnisse? Gab es eine begleitende Supervision?

**CH** Wir hatten sehr innovative Dienstverträge zum einen; zum anderen haben wir sehr fair bezahlt und auch entsprechende Unterstützungen angeboten, wie Supervision, Fortbildungen und regelmäßige Teamsitzungen für den Erfahrungsaustausch. In den wöchentlichen Treffen mit den Angestellten aus sämtlichen Bereichen – einerseits in den Bereichen und andererseits über die Bereiche hinweg, als Gesamtteam – fand die Reflexion statt, die für diese Arbeit unerlässlich ist und aus der heraus laufende Adaptierungen beschlossen wurden.

**PN** 30 Jahre später. Ist der Spirit der Anfangszeit heute noch spürbar?

**CH** Wir haben uns immer auch als sozialpolitische Institution verstanden. Das zeigt sich auch jetzt, wenn der derzeitige Geschäftsführer Michael Diettrich die Vorarlberger Armutskonferenz mit auf den Weg bringt. Das sind Anzeichen, dass dieser Spirit von Einzelnen weiterhin existiert und mitgetragen wird, wahrscheinlich nicht in dieser Breite wie zu den Anfangszeiten, aber das ist von außen schwer zu beurteilen. Gesellschaftspolitische Themen benötigen aber letztendlich immer entsprechende Auseinandersetzung, man kann sie eigentlich nur miteinander bearbeiten und dann gemeinsame Vorschläge entwickeln.

**PN** Wie wird es weitergehen in diesem sozialpolitischen Bereich?

**CH** Die Ideologie des permanenten Wachstums und der permanenten Beschleunigung wird in Zukunft weiterhin sehr viele Reibungsverluste gerade im sozialen Bereich verursachen. Das heißt, das **dowas** wird sicherlich weiter benötigt. Für mich ist auch die Frage von Bedeutung, ob man nicht noch experimentellere Impulse setzen sollte, wie etwa in Richtung eines bedingungslosen Grundeinkommens, z.B. im Rahmen eines Pilotprojekts in Vorarlberg. Auch andere alternative Formen des Arbeitens müssen diskutiert werden, derzeit ist man gesellschaftlich etwas eingleisig unterwegs. Diese Fragen aufzugreifen ist gesellschaftspolitisch sehr bedeutend, man sieht das zum Beispiel daran, dass mittlerweile das Thema schon in Wirtschaftszeitungen wie „brand eins“ angekommen ist.

**PN** Arbeit hat sich im Laufe der Geschichte stark verändert. Arbeiten war bis zum Auftauchen des protestantischen Ethos, Calvinismus und Zwinglianismus, eher verpönt und des Menschen „nicht wirklich würdig“. Den sittlichen Wert der Arbeit als Beruf des Menschen hat eigentlich erst Martin Luther definiert. Mit den Auswirkungen der Industrialisierung im 19. Jahrhundert wurde besonders die soziale Frage diskutiert. Gleichzeitig wird politisch, philosophisch und in der Literatur auch ein „Recht auf Faulheit“ erörtert. In Eichendorffs Novelle *Aus dem Leben eines Taugenichts* ist der Protagonist nicht nur ein Lebenskünstler sondern gleichzeitig eine hochpolitische Figur der Deutschen Romantik. Es gibt ein Leben jenseits der Arbeit ...

**CH** Auf der einen Seite ist Arbeit mit sehr vielen Härten verbunden. In einer Gesellschaft, die so auf die Arbeit fixiert ist, ist es schwierig, einen anderen Weg zu gehen. Gleichzeitig gibt es Menschen, die mit diesen bürgerlichen Vor-

stellungen von Arbeit und Arbeiten nichts anfangen können. Ihnen werden auch wenig Alternativen für andere Lebensmodelle und Entwicklungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. In dieser Richtung wäre es sinnvoll, nicht nur wachsam zu sein und mit Menschen neue Modelle auszuprobieren, sondern auch notwendig, wenn das **dowas** gewährleisten könnte, dieses Arbeitsthema gesellschaftlich und politisch öffentlich zu diskutieren. Das würde auch Sinn machen, weil wir vor einer gewissen Endlichkeit stehen was unsere Ressourcen anbelangt und weil viele Leute dieses immense Tempo nicht mehr aushalten. Für Menschen, die nicht so schnell sind, braucht es mehr Respekt und Rücksicht.

**PN** Im Rahmen der Gespräche zu diesem 30 Jahre **dowas** Zeitungsprojekt ist wiederholt der Aspekt „arm macht krank“ aufgetaucht. Schräg analog dazu könnte man sagen, „Arbeit macht krank“, bzw. bestimmte Formen von Arbeit machen krank. Aus der empirischen Sozialforschung *Die Arbeitslosen von Marienthal* von Marie Jahoda, Paul Felix Lazarsfeld und Hans Zeisel, einem Klassiker, wissen wir, wie sich Langzeitarbeitslosigkeit auswirken kann.

**CH** Arbeit macht in vielfacher Weise krank, weil in vielen Arbeitswelten unglaublich viel verlangt wird. In Vorarlberg ist es nicht einfach, einen Weg jenseits der Arbeit, jenseits dieser Leistungsorientierung zu gehen. Da gibt es einen Strom, der uns alle irgendwie mitreißt. Ich erinnere mich an meine Zeit im **dowas**: Ein von uns betreuter Mann hatte für einen Tag eine Arbeit gefunden und danach zwei, drei Monate darüber gesprochen, wie der eine Tag gewesen ist. Ein Mensch wird sehr stark über das Thema Erwerbsarbeit definiert, es bedeutet nämlich so viel wie Mitglied oder Nichtmitglied unserer Gesellschaft zu sein. Dabei gibt es viele andere Möglichkeiten, wie Menschen leben und sich einbringen können, wir müssen nur verstärkt und miteinander darüber reden und andere Modelle unterstützen und auf den Weg bringen. Idealerweise warten wir damit individuell und gesellschaftlich nicht so lange, dass uns die Krise unseres derzeitigen Wirtschaftssystems dazu zwingt.

**PN** Christian, danke für das Gespräch!

Bregenz, September 2012

Einen Download der Zeitung *30 Jahre dowas* finden Sie auf der **dowas** Homepage [www.dowas.at](http://www.dowas.at) unter: Verein → Arbeitsberichte

## Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt – ein Rückblick auf 16 Jahre Geschäftsführung bei dowas

### Erfüllte Aufträge ...

Nein, ich wollte seinerzeit nicht zum **dowas**. Als Anfang 2004 die Geschäftsführung des **dowas** ausgeschrieben war, war gleichzeitig noch eine andere Führungsposition in einem Arbeitsfeld inseriert, in dem ich in Deutschland lange gearbeitet hatte. Dieser Stelle galt mein Interesse, zumal ich vor **dowas** von mehreren Seiten gewarnt worden war: „Löwengrube“ war noch die netteste Bezeichnung, außerdem habe kaum ein Geschäftsführer mehr als drei Jahre im **dowas** überstanden. Insofern ging ich völlig unbelastet in das Vorstellungsgespräch und sehr wahrscheinlich war das ausschlaggebend dafür, dass alles ganz anders kam. Das Gespräch verlief so lebendig und angenehm, dass der damalige Vorstand und ich tatsächlich Gefallen aneinander fanden, ich schließlich quasi als Aprilscherz am 1. April 2004 meine Arbeit als Geschäftsführer des **dowas** aufnahm und das letztlich 16 Jahre lang blieb – mehr als jede/r andere/r zuvor.

Es gab damals vom Vorstand drei Aufträge an mich als neuen Geschäftsführer:

1. Ich sollte **dowas** fachlich wieder auf einen Stand bringen, den es einmal hatte, bevor der Beinahe-Konkurs 2001 und die anschließende Sanierungsphase diesbezüglich doch einigen Schaden angerichtet hatten.
2. Ich sollte **dowas** wieder eine sozialpolitische Stimme geben, die es einmal besaß bevor ihr die Kraft ausgegangen war. **dowas** sollte wieder an das etwas verloren gegangene Leitbild früherer Zeiten anknüpfen, eine zwar kritische und auch unbequeme, aber in Politik und Öffentlichkeit respektierte Sozial Einrichtung zu sein.
3. Ich sollte den Laden finanziell auf Schiene halten und zumindest keine Verluste einfahren.

Beim Thema Finanzen war sich der Vorstand wohl nicht ganz so sicher gewesen, weswegen ich mit der ehemaligen **dowas**-Geschäftsführerin Manuela Lehner-Künz einen Coach für die Einarbeitung in die Welt der **dowas**-Finanzen an die Seite gestellt bekam. Auch sie blieb bis zum Ende unserer gut dreimonatigen Zusammenarbeit eher skeptisch, ob der Sozialfuzzie das mit den Finanzen wirklich schaukeln wird. Unbeschadet dessen steht **dowas** heute, am Ende meiner Geschäftsführung finanziell auf guten und soliden Beinen. Wesentlich dazu beigetragen hat, dass wir gleich als erstes die Leistungserfassung und das Controlling auf neue Beine gestellt haben. Und: Dass ich ein ausgesprochen gutes und kooperatives Verhältnis zu Astrid Drexel hatte, der Steuerberaterin von **dowas**, die mir in finanziellen Angelegenheiten stets zur Seite stand und der ich blind vertrauen konnte.

Auch den Auftrag, **dowas** fachlich wieder auf Stand zu bringen, betrachte ich als erfüllt. Speziell in der ersten Hälfte meiner Geschäftsführungsperiode haben wir einiges in neue Arbeitsstrukturen und die fachliche Ausrichtung investiert, das die Arbeit bis heute prägt. Wesentlichen Anteil daran hatte

zum einen die frühere Leiterin der Beratungsstelle Silvia Hartmann, die bis zu ihrem Ausscheiden aus dem **dowas** im Jahr 2011 eine diesbezüglich treibende Kraft war, zum anderen aber auch eine Mitarbeiterschaft, die Lust auf eine Neuorientierung hatte und sie aktiv mitgestaltete. Das konstruktive Betriebsklima, das in diesem Prozess entstand, prägt das **dowas** bis heute und sorgt mit dafür, dass das **dowas** in der Vorarlberger Soziallandschaft ein Arbeitgeber ist, bei dem man gerne arbeitet. Gleichwohl ist es heute an der Zeit, ein umfangreicheres Update der Arbeitsstrukturen und -inhalte durchzuführen, das Anpassungen an veränderte Rahmenbedingungen vornimmt. Vor diesem Hintergrund ist es gut, dass ich als Geschäftsführer das Feld räume: Die dafür notwendigen Impulse sind nach 16 langen Jahren nicht mehr mein Ding und da ist mein Nachfolger Peter Brunner mit Sicherheit die richtige und bessere Wahl.

Last but not least ist **dowas** auch wieder eine kritische sozialpolitische Stimme im Lande geworden, die in den Medien Resonanz findet und präsent ist. Auch wenn man die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten einer kleinen Einrichtung wie **dowas** nicht überschätzen sollte, kann man **dowas** in der Vorarlberger Sozialpolitik zumindest nicht ignorieren. Was mich besonders freut, ist, dass **dowas** auch in der breiten Öffentlichkeit nicht mehr – wie zu Beginn meiner Geschäftsführungszeit – vorrangig als die Einrichtung der „Schmuddelkinder“ wahrgenommen wird, sondern als ein sozialer Player, der etwas Sinnvolles tut und etwas zu sagen hat. Nicht selten werde ich von wildfremden Menschen auf irgendeine mediale Berichterstattung angesprochen und bekomme Zuspruch dafür, dass sich da jemand traut, seine Meinung zu sagen und sich auch gegen den Mainstream zu stellen.

### ... nicht erfüllte Aufträge

Im Rückblick würde ich folglich behaupten, dass ich die Aufgaben, die mir der Vorstand seinerzeit aufgetragen hat, weitestgehend erfüllt habe. Eindeutig nicht erfüllt wurde allerdings ein Auftrag, der sich implizit aus dem Leitbild von **dowas** ergibt: **dowas** war es immer zu wenig, Armut lediglich zu verwalten. Stattdessen ist es sein Anspruch, Armut aktiv zu reduzieren – daraus resultiert auch sein gesellschaftspolitisches Engagement. Genau das ist aber, gemessen an der Zahl der von **dowas** betreuten KlientInnen, nicht gelungen. Zwar kann die Gesamtzahl der von **dowas** betreuten KlientInnen erst ab dem Jahr 2006 dargestellt werden<sup>1</sup>, allerdings dürften sich die Zahlen für 2005 und 2004 in der Größenordnung des Jahres 2006 bewegt haben. Jedenfalls wurden 2019 bei **dowas** nahezu zweieinhalb Mal so viele KlientInnen betreut wie 2006, zwischenzeitlich (2016) waren es sogar drei Mal so viele (→ GRAFIK 5).

Diese Entwicklung liegt allerdings nicht in der Verantwortung von **dowas**, sondern spiegelt gesellschaftliche Veränderungen wider, die zu einer Zuspitzung der Armutssituation im Lande geführt haben. Bis 2009/10 kann man die leichten Steigerungen unserer KlientInnenzahlen u.U. noch auf vermehrten Zuspruch in Folge der qualitativen Verbesserungen der Betreuungsarbeit zurückführen. Aber spätestens seit 2011 finden die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auch bei **dowas** ihren Niederschlag. Die neuerlichen Steigerungen 2016 waren das Resultat der starken Flüchtlingszuwanderung 2015/16, was bei **dowas** zu einem Anstieg der Beratungen für anerkannte Flüchtlinge führte. Umgekehrt lässt sich die leichte Entspannung ab 2017 in

<sup>1</sup> Erst ab 2006 erlaubte das neu eingeführte Dokumentations-system eine entsprechende Auswertung. Bis dahin konnten die KlientInnenzahlen lediglich für die einzelnen Kostenstellen (z.B. Beratungsstelle, Not-schlafstelle) ausgewertet und Überschneidungen/Mehrfachbetreuungen nicht korrigiert werden. Wenn nicht anders erläutert, werden wir aus Gründen der Vergleichbarkeit im Folgenden auch bei anderen Zeitreihen das Jahr 2006 als Referenzjahr darstellen.

erster Linie auf die wirtschaftliche Erholung und die daraus resultierende Verbesserung der Arbeitsmarktlage zurückführen. In Summe ist unschwer zu erkennen, in welchem Ausmaß gesellschaftliche Rahmenbedingungen, insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung, Einfluss auf die KlientInnenzahlen von **dowas** genommen haben.

Natürlich lässt sich die Entwicklung in einer kleinen Sozialeinrichtung wie **dowas** nicht eins zu eins auf die gesamtgesellschaftliche Armutsproblematik umlegen, wie sie beispielsweise in den EU-SILC-Erhebungen von STATISTIK AUSTRIA Ausdruck findet. Sie scheint auf den ersten Blick sogar im Widerspruch zu den Ergebnissen von EU-SILC zu stehen, die ja im Hinblick auf die Europa 2020-Strategie der EU für Österreich einen Rückgang der Armutsgefährdung (Einkommen < 60 % des Medianeinkommens) und der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (Armutgefährdung und/oder weitere definierte Deprivationsmerkmale) ausweisen. Nun hatte sich die Europa 2020-Strategie zum Ziel gesetzt, bis 2020 die Zahl der BürgerInnen unterhalb der jeweils nationalen Armutsgrenze gegenüber dem Jahr 2008 um 25 % zu reduzieren. Dieses Ziel wird zwar (auch) in Österreich nicht erreicht werden, aber zumindest gelang es bis 2019, die absolute Zahl der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Menschen im Vergleich zu 2008 um rund 14 % zu senken, bei den (nur) armutsgefährdeten betrug der Rückgang lediglich 0,5 % (→ TABELLE 12).

Nun verzerrt das Referenzjahr 2008 allerdings die tatsächliche Entwicklung ganz erheblich, da es im Schatten des Ausbruchs der Finanz- und Wirtschaftskrise in allen Kategorien von EU-SILC die höchsten Armutszahlen aller Erhebungsjahre aufwies. Legt man den gleichen Zeitraum zugrunde, den wir für die **dowas**-Zahlen gewählt haben (2006 bis 2019), ist das Ergebnis sehr ernüchternd: Im Jahr 2006 waren in Österreich 13 % der Bevölkerung armutsgefährdet (ca. 1,00 Mio. Menschen) und 18 % armuts- oder ausgrenzungsgefährdet (ca. 1,50 Mio. Menschen), 2019 waren es 14 % Armutsgefährdete (ca. 1,25 Mio. Menschen) und 17 % Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete (ca. 1,50 Mio. Menschen). D.h., die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten hat sich 2019 gegenüber 2006 so gut wie nicht verändert, bei den Armutsgefährdeten, also den ausschließlich Einkommensschwachen, gab es sogar eine Steigerung um nahezu ein Viertel (→ TABELLE 12).

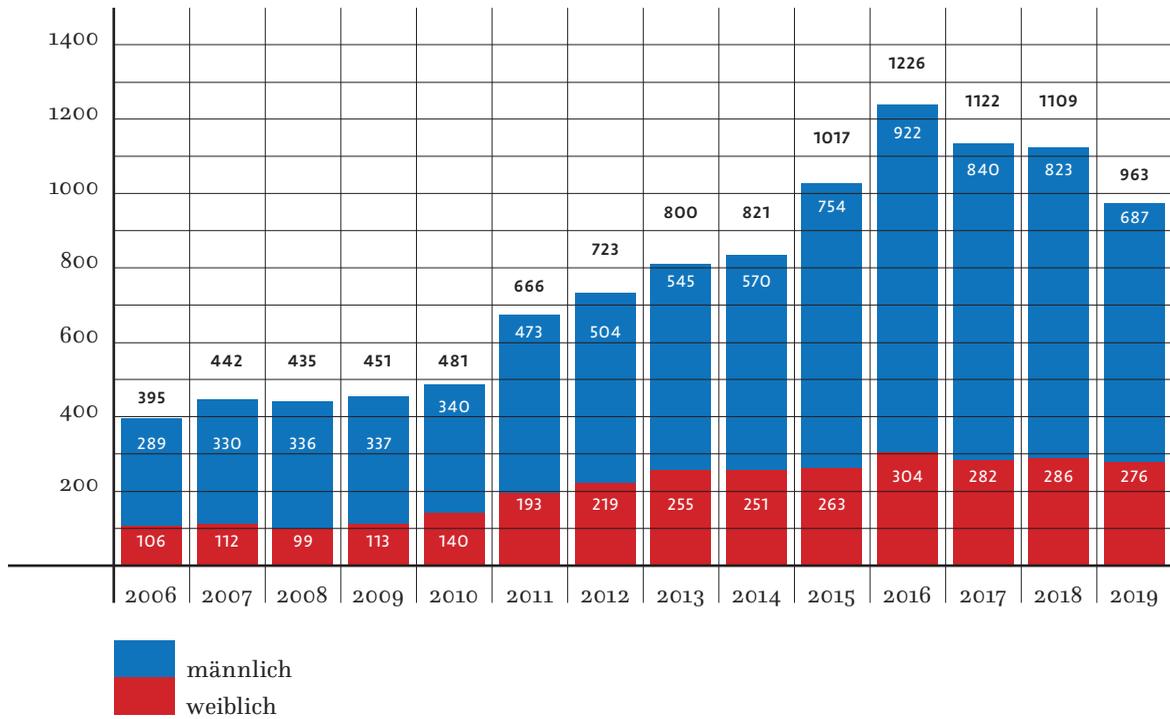
Noch eklatanter ist die Entwicklung in Vorarlberg, für das die entsprechenden Daten allerdings nur von 2008 bis 2018 vorliegen. Diese Daten zeigen, dass die Ausgangssituation im Jahr 2008 bereits schlechter als im Bund war und dass im Unterschied zum Bundestrend hierzulande der Höhepunkt der Armutsentwicklung in beiden Kategorien erst im Jahr 2015 erreicht wurde (→ TABELLE 12). Danach gab es zwar eine leichte Entspannung, aber dennoch lagen beide Kategorien 2018 sogar deutlich höher als 2008: die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten um gut 12 %, die rein Armutsgefährdeten um knapp ein Fünftel. Vorarlberg ist also sehr weit entfernt vom Ziel der Europa 2020-Strategie, sehr viel weiter als Österreich insgesamt – und vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung der KlientInnenzahlen bei **dowas** dann doch nachvollziehbar.

### **Armut – lange Jahre ein Tabuthema der Landespolitik**

Dass die Entwicklung in Vorarlberg so vergleichsweise schlecht verlief, ist mit Sicherheit darauf zurückzuführen, dass Armut in Vorarlberg lange Jahre ein Tabu-Thema war, das politisch möglichst tot geschwiegen wurde. Erst nach

**GRAFIK 5**

**KlientInnenzahlen dowas 2006 bis 2019**



2010/11, als über diverse Studien klar wurde, dass Vorarlberg keine Insel der Einkommensseligen war, sondern die zweithöchste Armutsgefährdungsquote aller Bundesländer aufwies, wurde gegen teils heftigen Widerstand der Landesregierung über Armut auch öffentlich debattiert. **dowas** und die Vorarlberger Armutskonferenz hatten daran wesentlichen Anteil. In der Landesregierung hat sich die Wahrnehmung des Themas allerdings erst mit dem Regierungseintritt der Grünen verändert, allmählich rückläufige Armutszahlen sind in Vorarlberg sogar erst mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zu beobachten.

Das Verhalten der Landesregierung beim Thema Armutspolitik korrespondiert mit einer Erfahrung, die ich insgesamt in all den Jahren meiner Geschäftsführung mit der Landesregierung gemacht habe: Man hat dort i.d.R. erst dann auf problematische Entwicklungen reagiert, wenn der Hut schon brannte. Zwar wurde dann häufig überraschend pragmatisch gehandelt, meist aber doch nur wieder ein Pflaster auf die Wunde geklebt. Ich kann mich an manchen Hinweis auf absehbare Entwicklungen erinnern, der von den zuständigen Stellen der Landesregierung einschließlich ihrer Verwaltung einfach ignoriert wurde. Wenn die vorhergesagte Entwicklung dann eintrat, war die Aufregung regelmäßig groß.

Ein Beispiel von vielen: Schon 2006 hatte ich nachdrücklich mehr Anstrengungen für leistbares Wohnen angeregt. Aber erst ab 2014 forcierte die Landesregierung zaghaft den gemeinnützigen Wohnbau. Heute ist das Thema zwar in aller Munde, aber die Versäumnisse der Vergangenheit setzen in Form explodierender Baupreise und begrenzter Kapazitäten in der Bauwirtschaft dem Grenzen, was eigentlich notwendig wäre – notwendig für die Reduzierung der Armutsgefährdung im Lande und auch für eine Reduzierung der noch immer hohen KlientInnenzahlen von **dowas**. Denn die Belastung von Einkommensschwachen einschließlich unserer KlientInnen durch zu hohe Mietpreise ist heute mit Sicherheit stärker als zu Beginn meiner Tätigkeit als Geschäftsführer und der daraus resultierende Unterstützungsbedarf ist die wesentliche Triebfeder für unsere hohen KlientInnenzahlen. Das hätte man verhindern können. Ich gestehe, dass der Ärger über solche Erfahrungen zu manch geharnischter öffentlicher Stellungnahme geführt hat, für die ich im Land bekannt geworden bin.

Insofern lege ich die Verantwortung dafür, dass **dowas** in der Zeit meiner Geschäftsführung das Ziel einer Reduktion von Armut im Lande nicht erreichte, ohne Bedenken in die Hände der Landespolitik: Eine kleine Sozial Einrichtung wie **dowas** ist nicht in der Lage, das zu reparieren, was sozial- und wirtschaftspolitisch versäumt wurde. Ansonsten glaube ich, das, was ich mir selbst zum Ziel gesetzt und was mir der Vorstand als Auftrag erteilt hatte, weitestgehend erfüllt zu haben. Ich wünsche dem Verein, seinem Vorstand, seinen MitarbeiterInnen und vor allem meinem Nachfolger Peter Brunner weiterhin gutes Werkeln und bin mir sicher, dass das gelingen wird. Danke für eine interessante und lebendige Zeit an alle, die in den letzten 16 Jahren mit mir gemeinsam das **dowas** so gestaltet haben, wie es heute dasteht.

**Michael Diettrich**

TABELLE 12

## Armuts- und Ausgrenzungsgefährdete Personen in Österreich und Vorarlberg

Österreich	2006		2008		2015		2019	
	Personen in Mio.	Anteil Bevölk. (Quote) %	Personen in Mio.	Anteil Bevölk. (Quote) %	Personen in Mio.	Anteil Bevölk. (Quote) %	Personen in Mio.	Anteil Bevölk. (Quote) %
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	1,50	18,0	1,75	21,0	1,55	18,0	1,50	17,0
nur Armutsgefährdung	1,00	13,0	1,25	15,0	1,20	14,0	1,25	14,0
Vorarlberg	2006		2008		2015		2018	
	Personen in Mio.	Anteil Bevölk. (Quote) %	Personen in 1.000	Anteil Bevölk. (Quote) %	Personen in 1.000	Anteil Bevölk. (Quote) %	Personen in 1.000	Anteil Bevölk. (Quote) %
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	unbek.	unbek.	77.700	21,2	88.400	23,2	87.250	22,2
nur Armutsgefährdung	unbek.	unbek.	59.400	16,2	70.100	18,4	71.150	18,1

## Quellen:

STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004–2015 und Trendtabellenbände EU-SILC 2008–2019 (für Armutsdaten Österreich)

Amt der Vbg. Landesregierung, Kennzahlen zur sozialen Lage 2016–2019 (für Armutsdaten Vorarlberg)

STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungsstandes (für Bevölkerungsdaten)

## Sie möchten uns unterstützen?

Ob mit Geld, Waren oder Zeit: Wir freuen uns über Ihre Hilfe. Wir garantieren die strikte Verwendung der Mittel nach Ihrem Wunsch. Wenn Sie sich für unsere Arbeit interessieren, lernen Sie unsere Arbeit vor Ort kennen!

### **Geldspenden**

Mit der Aktion „1 + 1“ ermöglichen Sie unseren Klienten ein warmes Mittagessen. Täglich kochen im Treffpunkt KlientInnen für andere KlientInnen. Eine Mahlzeit kostet etwa 4,- Euro, die Hälfte davon berappen unsere KlientInnen selbst, die andere Hälfte muss über Spenden aufgebracht werden. Dafür brauchen wir Spenden in Höhe von 4.500,- Euro.

Unsere Bankverbindung: Sparkasse Bregenz, IBAN AT35 2060 1000 0001 8036

### **Sachspenden**

Lebensmittel, Säfte, Drogerieartikel oder Leintücher können wir direkt in der Betreuung unserer KlientInnen einsetzen. Aber auch Gutscheine jeder Art, etwa für Büromaterial, Nahrungsmittel oder Benzin erleichtern unsere Arbeit.

### **Zeitspenden**

Beispielsweise als Grafiker, Rechtsanwalt oder Programmierer sind einige Stunden Ihrer Zeit ein echtes Geschenk für **dowas**. Vor allem in Bereichen wie Sport oder Kultur sind Ihre Kenntnisse von großem Wert für die Freizeitaktivitäten unserer KlientInnen.

## Sie haben uns unterstützt und gefördert

**Dafür und für die gute Zusammenarbeit  
im vergangenen Jahr bedanken wir uns bei**

Sozialfonds Vorarlberg



Bezirkshauptmannschaft Bregenz



Landeshauptstadt Bregenz



Bundesministerium für Justiz



An dieser Stelle haben wir in den Berichten der vergangenen Jahre immer namentlich denjenigen gedankt, die uns mit Geld- oder Sachspenden unterstützt haben. Aufgrund der neuen Datenschutzbestimmungen ist die Nennung eines Namens ohne ausdrückliche Zustimmung jedoch nicht mehr erlaubt. Da wir nicht bei allen SpenderInnen ihre Zustimmung einholen konnten, verzichten wir gänzlich auf die Nennung von Namen. Anstelle dessen:

**Wir danken allen, die uns im vergangenen Jahr mit großen und kleinen Geld- oder Sachspenden unterstützt haben. Jede Spende hat uns gefreut und wurde im Sinne der SpenderInnen für unsere KlientInnen verwendet.**

Herausgeber  
**Verein dowas**  
Sandgrubenweg 4  
6900 Bregenz  
[www.dowas.at](http://www.dowas.at)

Für den Inhalt verantwortlich  
**Michael Diettrich**  
**Peter Brunner**  
**Peter Niedermair**

Lektorat  
**Peter Niedermair**

Fotografie  
**Gerhard Klocker**  
[www.gerhardklocker.com](http://www.gerhardklocker.com)

Bildbearbeitung  
**Günter König**  
[www.prepressstudio.at](http://www.prepressstudio.at)

Konzept, Gestaltung  
**Kurt Dornig**  
[www.dornig.cc](http://www.dornig.cc)

Produktion  
**Druckerei Thurnher**  
[www.dth.at](http://www.dth.at)

dowas Vorstand



**Peter Niedermair**  
Vorsitzender



**Roswitha Steger**  
Stellvertreterin



**Claudia Sohm**  
Finanzreferentin



**Gertraud Bösch**



**Bernhard Gut**



**Andrea Trappel-Pasi**

## Geschäftsführung

T +43(0)5574 90 902-10  
geschaeftsfuehrung  
@dowas.at

www.dowas.at

Montag bis Freitag

09.00 – 12.00 Uhr



**Michael Diettrich**  
Geschäftsführer



**Judith Alfare**  
Sekretariat



**Kurt Thaler**  
Hausverwaltung



**Bettina Tschertou**  
Sekretariat



**Severine Engel**  
Sekretariat

## Beratungsstelle

T +43(0)5574 90 902-20  
beratungsstelle@dowas.at

www.dowas.at

Montag bis Freitag

09.00 – 12.00 Uhr

Donnerstag

14.00 – 17.00 Uhr

und nach Vereinbarung



**Monja Seeberger**  
Dipl. Pädagogin  
Bereichsleiterin



**Eleni Kaskamanidou**  
Dipl. Sozialpädagogin



**Adriana Lässer**  
Sozialarbeiterin BA



**Daniel Mikula**  
Dipl. Sozialarbeiter



**Rebecca Natter**  
Dipl. Pädagogin



**Sarah Stampler**  
Sozialarbeiterin BA

### Grundversorgung

T +43(0)5574 90 902-30  
grundversorgung@dowas.at  
www.dowas.at

### Treffpunkt

Montag bis Freitag  
08.30 – 13.30 Uhr

### Notschlafstelle

Einlasszeiten täglich  
18.30 – 23.00 Uhr  
Beratung  
Montag bis Freitag  
09.00 – 12.00 Uhr



**Markus Hämmerle**  
Dipl. Sozialarbeiter  
Bereichsleiter



**Christian Eichhübl**  
Sozialpsychiatrische  
Fachkraft



**Angelika Jung**  
Dipl. Sozialpädagogin



**Julia Märk**  
Sozialarbeiterin BA



**Natascha Preininger**  
Betreuerin



**Laura Burtscher**  
Sozialarbeiterin



**Marcus Ritschel**  
Betreuer



**Philipp Ropele**  
Nachtdienstmitarbeiter



**Kurt Sandholzer**  
Nachtdienstmitarbeiter



**Wolfgang Lindner**  
Nachtdienstmitarbeiter



**Alexander Vogel**  
Nachtdienstmitarbeiter



**Aleksandra Vohl**  
Nachtdienstmitarbeiterin

### Betreute Wohnformen

T +43(0)5574 90 902-40  
wohnformen@dowas.at  
www.dowas.at  
Termin  
nach Vereinbarung



**Peter Brunner**  
Dipl. Sozialarbeiter  
Bereichsleiter



**Wolfgang Harrich**  
Dipl. Sozialarbeiter



**Michaela Moratti**  
Dipl. Sozialarbeiterin



**Christian Zucol**  
Sozialarbeiter BSC



**Nina Winter**  
Sozialarbeiterin

Stand 31.12.2019

